

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 231 · 20. JAHRGANG · AUSGABE 4/2014 VOM 8. APRIL 2014 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **DGB Ostbrandenburg mit  
neuem Geschäftsführer**  
Wechsel an der Spitze

7 | **Innovationen in der  
Kommunalpolitik?**  
Der politische Raum

8/9 | **Wählergruppen zur  
Kommunalwahl am 25. Mai**  
Wahlprogramme vorgestellt



## *In jedem Jahr das Gleiche*

**Der Winter geht, der Frühling kommt. Nur, diesmal hatten wir kaum einen Winter, und der Februar wie der März verwöhnten uns mit Sonnenstrahlen. Die Schneeglöckchen sind längst verblüht, die Forsythien strahlen in gelber Pracht und im Wald breiten sich die Anemonenteppiche aus. Letztes Jahr lag da noch Schnee!**

Da haben wir es diesmal besser. Auch die Vögel können eher mit ihrem Brutgeschäft beginnen. Es fällt richtig auf, daß die Krähen morgens und abends nicht mehr ihr Stelldichein veranstalten. Sie müssen nämlich im Nest sitzen und auf die Jungen aufpassen. Krähen sind nämlich keine Rabeneltern!

Die Ringeltauben haben auch schon kräftig gebalzt: die Männchen sangen ihr »ruhugurhhh« und flogen in auffälligen Steig- und Gleitflügen durch die Innenhöfe. Sie suchen sich dieses Jahr wieder ein neues Weibchen. Während die Krähenmama und der Krähenpapa das ganze Leben zusammenbleiben. Das ist Treue! Selbst im größten Krähenschwarm verlieren sich Vogelmann und -frau niemals aus den Augen.

Den Nachwuchs der Ringeltauben erkennt man am schlankeren Körperbau. Sie halten sich meist in der Nähe der Altvögel auf und werden noch mit Kropfmilch gefüttert, aber zunehmend mit pflanzlicher

Nahrung, bis sie ganz entwöhnt sind. Die Jungtiere gehen meist nicht sehr zimperlich miteinander um. Meistens mobbt ein Vogel den anderen, indem er ihr (oder sie ihm?) dicht auf die Pelle rückt und immer hinterherfliegt. Bis das Opfer entnervt aufgibt und weiter davonfliegt. Letztes Jahr mobbten sich die Jungtauben, und dieses Jahr mobben sie sich wieder! Jedes Jahr das gleiche Drama ...

Man will eben den besten Platz am Küchentisch haben. Bei den Ringeltauben kommt es vor allem durch Nahrungsmangel zu Verlusten. Aber die Art an sich ist nicht gefährdet. In Deutschland brüten lt. Wikipedia 2,5 Mio Paare und gejagt dürfen sie auch werden. Dann streift Jagdhund Arko durch die Hecken und sammelt die geschossenen Täubchen ein, und die Jägersfrau bereitet dann ein leckeres Bratenessen für die Familie zu. Fast wie im Schlaraffenland!

JÜRGEN GRAMZOW

## »Gute Arbeit. Soziales Europa.«

### **1. Mai-Veranstaltungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Barnim**

In Eberswalde findet wie im Vorjahr wieder eine Veranstaltung mit Kundgebung auf dem Marktplatz statt.

In Bernau findet ebenfalls eine Veranstaltung statt, organisiert von der Linken und der SPD, bei der sich der DGB Kreisverband Barnim, wie auch im letzten Jahr, beteiligen wird

Das Motto dieses Jahr »Gute Arbeit. Soziales Europa.« soll auch Vorlage für die geplanten Podiumsdiskussionen sein.

RALF KAISER, DGB-Vorsitzender Kreis Barnim

## Selber Vorbild werden

Seit 2007 gibt es an der Schwärzese-Grundschule im Brandenburgischen Viertel das Projekt »Boxenstopp«. Schülerinnen und Schüler übernehmen Verantwortung, um Gewalt im Schulalltag zu verhindern. Im Mittelpunkt steht der Boxenstopp-Club, dem etwa 70 der rund 250 Kinder, die an der Schule lernen, angehören. Eine klare Hierarchie mit Neulingen, Tutoren bis hin zu Repräsentanten und Oberrepräsentanten, erkennbar an verschiedenfarbigen Shirts, schafft Verantwortlichkeiten und »Aufstiegsmöglichkeiten«. Um von einer Stufe zur nächsten zu gelangen, gibt es ein Punktesystem. Belohnt werden Engagement und das konsequente Einhalten von selbst aufgestellten Regeln. Für Verstöße und Nichterfüllen von Aufgaben gibt es Minus-Punkte.

In den ersten Jahren zeigten sich schnell Erfolge. Das Verhalten der Kinder wurde deutlich friedfertiger, bestätigte auch die Schulleiterin Frau Billing. Mit der Zeit zeigte sich aber auch, daß sich das Projekt nicht im Selbstlauf weiterentwickelt und nicht zuletzt auch die sozialen Strukturen im Wohngebiet erheblichen Einfluß haben. Der Anteil von Kindern mit Entwicklungs- und damit zusammenhängenden Verhaltensstörungen hat in den letzten Jahren stark zugenommen mit entsprechenden Auswirkungen im Schulalltag.

An den sozialen Mißständen der Gesellschaft kann das »Boxenstopp«-Projekt nichts ändern. Aber wir wollen wenigstens das Beste tun, um die Folgen für die Kinder zu lindern.

Zuletzt gab es einige Kritik am »Boxenstopp«. Wir wollen darauf reagieren und insbesondere stärker als bisher mit den Eltern zusammenarbeiten. Zugegeben, wir waren ein wenig enttäuscht, daß zunächst nur wenige Eltern Zeit gefunden hatten. Aber mit diesen gab es eine lebhaft und interessante Diskussion und auch die Bereitschaft zum Mitmachen.

Nötig ist, das wurde schnell klar, ein besserer Informationsaustausch mit den Eltern. Vieles von dem, was innerhalb des »Boxenstopp«-Projekts passiert, kommt auch bei interessierten Eltern gar nicht an. Das ist aber notwendig, wenn die Eltern ihre Kinder bei deren »Boxenstopp«-Aktivitäten unterstützen wollen. Wir unterstützen daher die Bildung eines ständigen Elternremiums. Wir sind gespannt auf die Ideen der Eltern.

Der »Boxenstopp« soll möglichst viele Kinder einbeziehen. Oft bleiben ja gerade jene Kinder außen, welche die Hilfe am nötigsten brauchen. Manche Kinder kennen von zu Hause her keinerlei Regeln mehr, die für das gesellschaftliche Zusammenleben bestimmend sind. Das »Boxenstopp«-Projekt bietet hier Strukturen, auch um demokratische Formen für Konfliktlösungen zu lernen. Die älteren »Boxenstopp«-Mitglieder können zu Vorbildern für die jüngeren werden. Jedes Kind hat die Chance, selber zum Vorbild zu werden.

FRANK BESTRITZKI

## Bürgermeisterkegeln nun auch in Bernau

Bernauer Bürgermeister Hubert Handke (CDU) abgewählt

**Bernau (bbp).** Nach dem amtlichen Endergebnis des Bürgerentscheids zur Abwahl des Bernauer Bürgermeisters stimmten 8.153 Bürgerinnen und Bürger für die Abwahl von Hubert Handke, der seit 1993 mit dem Mandat der CDU als Stadtoberhaupt von Bernau fungiert. Das sind insgesamt 60,5 % der abgegebenen Stimmen. Gegen die Abwahl stimmten immerhin 5.325 Bernauerinnen und Bernauer (39,5 %). Das Ende der Ära Handke konnten sie aber nicht verhindern, denn die Wahlbeteiligung lag bei 43 %. Die Handke-Gegner kamen

somit über das für eine Bürgermeisterabwahl notwendige Quorum von 7.890 Stimmen oder 25 % der wahlberechtigten Einwohner.

Nachdem der Wahlausschuß der Stadt Bernau am 31. März das amtliche Endergebnis festgestellt hatte, endete die Amtszeit des 61-jährigen. Ins soziale Abseits stürzt der Abgewählte indes nicht. Ohne Abwahl würde seine Amtszeit im Jahr 2018 enden. Bis zu vier Monate erhält er weiter sein volles Gehalt, danach bis zum Ende der regulären Amtszeit ein Ruhegehalt in Höhe von 75 %.

## Frühlingsfest zur Begrüßung

Yvonne Redzepovic und Kai Jahns vom Runden Tisch »Willkommen in Eberswalde« hatten für den Nachmittag des 17. März zu einem Frühlingsfest in das Bürgerzentrum in der Schorfheidestraße im Brandenburgischen Viertel eingeladen, um die derzeit in Eberswalde wohnenden Flüchtlinge, besonders jene, die seit Herbst 2013 im Wohnverbund in der Schwärzeseestraße leben, zu begrüßen.

Bürgermeister Friedhelm Boginski ließ es sich nicht nehmen, persönlich zur Begrüßung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber ins Brandenburgische Viertel zu eilen. »Es war ein überaus gelungener Auftakt«, berichtete er spä-



ter den Stadtverordneten. Über den kleinen Schönheitsfehler, daß der offizielle Teil mit dem Bürgermeister ganz ohne anwesende Asylbewerber auskommen mußte, ging das Stadtoberhaupt diskret hinweg. Erst als das offizielle Treiben, zu dem auch Kreisdezernentin Silvia Ulonska eine Rede beisteuerte, vorbei war, schauten auch eine tschetschenische Familie und einige andere Flüchtlinge vorbei.

Das Haus war dennoch voll. Schon länger in Eberswalde lebende Einwanderer waren ebenso darunter wie die Akteure verschiedener Vereine und Initiativen, die sich mit dem Thema befassen. Und auch einige »Normalbürger« hatten den Weg ins Bürgerzentrum gefunden. Kultureller Höhepunkt war das »Theater direkt« mit einem spontan aus den Zurufen der Zuschauer, die zugleich Teilnehmer waren, entwickelten kleinen Theaterstück.

Die Kinder erwartete einige Kurzweil. Es gab eine Hüpfburg, »Ponyreiten« auf künstlichen Ponys, Kinderbeschäftigung, Basteln und Trommeln. Der Kuchen schmeckte allen und schließlich labten sich die Gäste an den kulinarischen Genüssen der von Ordnungsamtsleiter Thomas Holzauer zusammengelernten deftige Fleischpfanne.

GERD MARKMANN

## Betriebskrippe in der HNEE

**Eberswalde (bbp).** Die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) hat auf ihrem Waldcampus eine neue Mensa gebaut. Bereits in der Planung waren Räumlichkeiten für eine Tagesmutter vorgesehen worden, um die Kinder von Studenten und Mitarbeitern betreuen zu können. Allerdings hat die HNEE keine Tagesmutter finden können. Daher wandte sich die Hochschule an die Stadtverwaltung mit der Bitte um Hilfe.

Wie Bürgermeister Friedhelm Boginski zur Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport am 12. März informierte, hat das zuständige Fachamt den Sachverhalt geprüft und entschieden, auf dem Waldcampus eine

Außenstelle der Kita »Sonnenschein« (August-Bebel-Str. 41) zu eröffnen.

Demnächst können dort bis maximal zehn Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren betreut werden. Für die Stadt fallen keine Mietkosten an und auch Betriebskosten werden nur anteilmäßig für Kinder berechnet, deren Eltern nicht in der HNEE arbeiten oder studieren. Die Stadt Eberswalde stellt das pädagogische Personal entsprechend dem Kita-Gesetz und strebt nach Aussagen des Bürgermeisters eine ausgewogene soziale Mischung der betreuten Kinder an. Die Leiterin der Kita »Sonnenschein« Melanie Gerard, so Boginski, sei in den Prozeß eingebunden.

# Wechsel an der Spitze

FRANK TECHEN zum Geschäftsführer des DGB in Ostbrandenburg gewählt

Für die nächsten vier Jahre wird Frank Techen als neuer Regionsgeschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) der Region Ostbrandenburg, zu der neben drei weiteren Kreisen und einem Stadtkreis auch der Barnim gehört, vorstehen. Das entschieden die Delegierten auf der Bezirkskonferenz des DGB Berlin-Brandenburg im Januar diesen Jahres. Mit der Wahl von Techen folgten sie dem Vorschlag des Bezirksvorstandes. Frank Techen löst den bisherigen Regionsvorsitzenden Olaf Himmel ab, der nicht mehr kandidierte und Ende April aus Altersgründen ausscheidet.



Frank Techen zeigte sich mit seinem Wahlergebnis von 86% der gültigen Stimmen zufrieden und bewertete es »...als großen Vertrauensvorschuß, den es in dieser Wahlperiode zu rechtfertigen gilt. Ich freue mich sehr auf die Aufgaben und Herausforderungen!«

Techen versteht sich als »Teampayer« und kündigte an, sich in seiner Amtsperiode besonders der Stärkung der Kreisverbände und der internationalen Arbeit im Rahmen des deutsch-polnischen Interregionalen Gewerkschaftsrates VIADRINA zu widmen. Letzteres ist ihm besonders auch mit Blick auf die geografische Lage Ostbrandenburgs wichtig. Denn Europa vor Ort sozial gestalten bedeutet auch, soziale Grundrechte und sozialen Zusammenhalt in den Grenzräumen zu stärken. Und er betont immer wieder, daß regionales und europäisches Denken keine Widersprüche sind, sondern notwendige Zusammenhänge. Daher tritt er für eine Stärkung des EU-Parlaments ein, das nur mit einer hohen Wahlbeteiligung am 25. Mai zur Europawahl erreicht werden kann. »Nur so können regionale Interessen vertreten werden!«

Mit dem Vorstand des DGB-Kreisverbandes Barnim hat der DGB-Chef erfahrene und engagierte Kolleginnen und Kollegen an seiner Seite, die ihm eine gemeinsame Zusammenarbeit leicht machen. Besonders hervorzuheben ist hier der Vorsitzende des Kreisverbandes Ralf Kaiser. Techen betont aber auch, daß die Kolleginnen und Kollegen vor Ort ehrenamtlich arbeiten, daß »wir gemeinsam in einem Lern- und Entwicklungsprozeß sind, um die Themen und Ziele der Gewerkschaften zu den Menschen zu bringen«. Daher will Techen gemeinsam mit

## Zur Person

Frank Techen wurde 1965 in der Hansestadt Rostock geboren und absolvierte dort nach der Schule eine Ausbildung zum Vollmatrosen der Handelsschiffahrt. Nach Seefahrt und Tätigkeiten u.a. im Landbereich der Deutschen Seereederei schloß er erfolgreich 1993 eine weitere Ausbildung bei der DAA zum Werbekaufmann mit IHK-Abschluß ab. Ab 1994 war Techen in DGB-nahen Einrichtungen und Projekten, vorrangig der Jugend-, Beratungs- und Sozialarbeit tätig, darunter auch als Projektleiter. In dieser Zeit begann auch sein gewerkschaftliches Engagement. Mit den Jugendgruppen des DGB, der IG Metall und der ötv (heute ver.di) arbeitete Techen eng zu verschiedenen Themen zusammen. So war er bis 2008 auch ehrenamtlich an der Berufsschularbeit des DGB Nord beteiligt. 2003 begann Frank Techen sein Studium 'Sozialmanagement' an der FH Nordhausen, das er 2008 erfolgreich als 'Diplom-Sozialwirt' abschloß. Schwerpunkte waren u.a. Personal- und Organisationsentwicklung, Sozialpolitik und Wirtschaft. Während des Studiums engagierte er sich – über mehrere Praktika beim Bildungswerk ver.di Niedersachsen in Göttingen hinaus – im dortigen Teamenden Arbeitskreis. Sein Studium wurde durch die Hans-Böckler-Stiftung mit einem Stipendium unterstützt. Seit 2008 arbeitet Frank Techen beim DGB in Ostbrandenburg als Gewerkschaftssekretär, u.a. mit Betreuungsschwerpunkten in den Kreisverbänden Märkisch-Oderland, Oder-Spree und Frankfurt (Oder).

den Kreisverbänden auch an einer stärkeren Präsenz in der öffentlichen Wahrnehmung arbeiten. »Schließlich seien es ja die Gewerkschaften, die die Experten rund um das Thema ‚Arbeit‘ sind.« Dazu gehören für den DGB in Ostbrandenburg sozialpolitische Themen ebenso wie das Einsetzen für Demokratie. Der kommende 1. Mai in Eberswalde und Bernau bieten dazu eine Gelegenheit.

Politisch ist vom parteilosen Techen keine Kursänderung gegenüber seinem Vorgänger Olaf Himmel zu erwarten: Politisch engagiert einmischen, parteipolitisch aber unabhängig – nur so versteht Techen die neue Aufgabe auch persönlich. Daß es funktioniert, beweisen die Ehrenamtlichen in den Kreisverbänden in ihrer täglichen Arbeit unabhängig davon, welcher Partei oder politischen Strömung sie angehören. »Das ist eine gute Voraussetzung«, so Techen weiter, »um gemeinsam auf einen Nenner zu kommen, nämlich für Solidarität und Gerechtigkeit in der Arbeitswelt, aber auch darüber hinaus, zu streiten.«

DGB Ostbrandenburg

## Abschreiben erlaubt

Eberswalde (bbp). »Wir freuen uns«, sagt Carsten Zinn von der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AfW), »daß unsere Forderung vom Herbst letzten Jahres zur Schaffung von Schulsozialarbeiter-Stellen an den drei städtischen Grundschulen nun doch aufgegriffen wurde«. Jene Fraktionen, die im Dezember den Vorschlag noch ablehnten, brachten nun einen eigenen Vorschlag ein, der sich in wesentlichen Teilen mit dem DL/AfW-Vorschlag deckt.

»An dem Bedarf an fachlich fundierter, präventiver und nachhaltiger Schulsozialarbeit«, so Zinn, »gibt es aus unserer Sicht keinen Zweifel«. Daher könne man damit leben, daß vorerst nur befristete Stellen geschaffen werden. »Für uns ist wichtig«, so Carsten Zinn, »daß sich endlich etwas tut. Das ist im Sinne der Schulkinder, ihrer Eltern und der Lehrkräfte dringend notwendig.«

Beim Gang durch die Gremien gibt es indes heftige Diskussionen. Die CDU hat sich mittlerweile als Miteinreicherin verabschiedet. Das hielt deren Vertreterin im Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport, Monique Schostan, allerdings nicht davon ab, in der Ausschußsitzung am 2. April für die Schaffung von Schulsozialarbeiterstellen zu stimmen. Der Vertreter der Linken Torsten Duckert enthielt sich dagegen, obwohl seine Fraktion Miteinreicherin ist.

Im Bildungsausschuß wurde die Vorlage trotzdem mehrheitlich angenommen. Dagegen wirkte Duckerts Enthaltung, der die Linksfraktion am nächsten Tag auch im Finanzausschuß vertrat, dort als Zünglein an der Waage. Der Ausschußvorsitzende Volker Passoke (Die Linke), der auch der AG Schulsozialarbeit angehört, fehlte krankheitsbedingt. Für die Vorlage stimmten Ringo Wrase und Eckhard Schubert (beide SPD), Prof. Johannes Creutziger (B90/Grüne) sowie Carsten Zinn (DL/AfW). Dagegen stimmten Götz Trieloff und Frank Banaskiewicz (FDP/Bürgerfraktion Barnim), Knuth Scheffter (CDU) und Jürgen Kumm (Freie Wähler). Also Stimmengleichheit 4 : 4, was Ablehnung bedeutet.

Carsten Zinn erklärte danach: »Erschreckt hat mich, mit welchen diskriminierenden und geringschätzenden Argumenten die Debatte seitens der FDP-Vertreter und des Abgeordneten der Freien Wähler geführt wurde.« Man habe den Eindruck, einigen Stadtverordneten mangle es an Empathie. Mit ihrem »Innenblick der Parallelwelt einer gutbürgerlichen Spaßgesellschaft« könnten sie die sozialen Realitäten nicht wahrnehmen. Positiv sei, »daß die 'bunte Koalition' große Teile unseres Antrages jetzt übernommen haben. Aber wenn es einer konstruktiven Sache dient, dann ist Abschreiben erlaubt.«

Carsten Zinn, der gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Gerd Markmann und weiteren Mitstreitern mit der ALTERNATIVEN LISTE EBERSWALDE zur Kommunalwahl am 25. Mai antritt, machte klar, daß sie künftig dafür kämpfen werden, »daß aus den befristeten, dauerhafte unbefristete Vollzeitstellen werden.«

## Lösungssuche für KJP

**Eberswalde (bbp).** Das Eberswalder Kinder- und Jugendparlament (KJP) steckt tief in der Krise. Die einst berufenen Mitglieder liefen weitgehend auseinander. Es finden sich kaum noch Kinder und Jugendliche die mitmachen. Der Vorsitzende Alexander Merten wandte sich in den vergangenen Monaten mehrfach hilfeschend an die Stadtverordneten und die Stadtverwaltung. Letztere hat inzwischen Kontakt zur Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg aufgenommen, um sich beraten zu lassen, wie sie das KJP begleiten kann. Dabei geht es um die Frage, ob es zur Wiederbelebung und zu einem Neustart kommen kann oder ob sich möglicherweise anderweitige Strukturen oder Formate finden lassen, die jugendfreundlicher sind und zugleich den Kindern und Jugendlichen in der Stadt Eberswalde ein Mitspracherecht gewähren.

### Barnimer Bürgerpost abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de  
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

## Verfrühte Entscheidung

Die Debatte zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK) Eberswalde 2030 wird von der Fraktion DIE LINKE/ALLIANZ FREIER WÄHLER (DL/AFW) kritisch und konstruktiv begleitet. In dem »Wegweiser für die zukünftige Entwicklung der Stadt« sind sowohl die Funktionen der Gesamtstadt als Zentrum im Nordosten Brandenburgs gegenüber den Nachbargemeinden als auch die Funktionen der Ortsteile innerhalb der polyzentrischen Struktur der Stadt deutlicher zu formulieren. Wir erwarten eine klare Antwort darauf, was genau unter der als Ziel artikulierten »neuen Balance« zwischen den Ortsteilen zu verstehen ist. Eine einseitige Förderung einzelner Stadtteile auf Kosten der anderen schadet der gesamten Stadt. Eine Beschlüßfassung bereits im April ist aus unserer Sicht verfrüht.

CARSTEN ZINN

**Anmerkung:** Zur Frage der »neuen Balance« wurde inzwischen Bürgermeister Friedhelm Boginski in der Lokalpresse dahingehend zitiert, daß es darum gehe, nach den umfangreichen Investitionen der vergangenen Jahre im Innenstadtbereich nunmehr größeres Augenmerk auf die anderen Stadtteile zu richten. Dies entspreche den Erwartungen der Fraktion DL/AFW, sagte Carsten Zinn gegenüber der BBP-Redaktion. Widerspruch ertete der Bürgermeister nach der Zeitungsmeldung seitens des Innenstadt-Kulturaktivisten Udo Muszinski, der demgegenüber weitere Investitionen vor allem in der Innenstadt einfordert. Seine ausschließliche auf die Innenstadt orientierte Sicht hatte Muszinski bereits im Herbst 2012 zur INSEK-Auftaktdiskussion deutlich gemacht, als er u.a. Postkarten mit der suggestiven Fragestellung »Bandstadt adé« in Umlauf bringen ließ.

## »Einsamer Rufer in der Wüste«

**In der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 27. März habe ich mich zu den Informationsvorlagen Spendenbericht und Tätigkeitsbericht der Antikorruptionsstelle zu Wort gemeldet. Schon vor einem Jahr hatte ich zum Spendenbericht Fragen gestellt, die völlig unbefriedigend beantwortet wurden und nicht zu Schlußfolgerungen führten. Die von mir angerufene Antikorruptionsstelle sieht bis heute keinen Handlungsbedarf und bezieht sich dabei auf eine Stellungnahme des Rechtsamtes.**

Der vorgelegte Spendenbericht zum Jahr 2013 zeigt zwei Hauptmängel:

**1. Es werden Spenden kommunaler Unternehmen aufgeführt, ohne die Namen der Spender zu nennen.**

Warum werden gerade kommunale Unternehmen nicht genannt? Gerade für kommunale Unternehmen sollte der Grundsatz der Transparenz gelten, denn sie arbeiten im öffentlichen Interesse. Ihre Spenden haben das Ziel, die Kommune, im konkreten Falle die Stadt Eberswalde, bei ihren Aufgaben zu unterstützen. »Tue Gutes und sprich darüber«, dieser Grundsatz sollte auch und besonders für kommunale Unternehmen gelten.

Wird dieser Grundsatz nicht erfüllt, dann ist die Spende anrücklich und sollte nicht angenommen werden.

Tatsächlich liegt das besondere Interesse für die Anonymität gerade bei der Stadt, weil andere potentielle Spendenempfänger nicht sehen sollen, welche Spenden die Stadt von wem erhält, weil das zu einer anderen Spendenverteilung beim Spender führen könnte. Es ist also reiner Eigennutz, daß hier gegen den Grundsatz der Transparenz verstoßen wird.

**2. Die Spenden des »Vereins der Freunde und Förderer des Zoologischen Gartens«.**

Alle Spenden für den Zoo laufen über den Verein. Mit dieser Konstruktion werden seit dem Spendenskandal 2006 die tatsächlichen Spender und die Verwendung der Spenden dem öffentlichen Blick entzogen. Zwar weist die Antikorruptionsstelle ausdrücklich »auf die stets einzuhaltende Trennung zwischen der Stadt Eberswalde und dem Verein« hin, diese ist aber tatsächlich nicht gegeben. Auch wenn das städtische Rechtsamt keine vergaberechtlichen Bedenken hat, ist die Verfahrensweise dennoch sehr fragwürdig. Meine Fragen zu den Zoospenden vom 26.05.2013 wurden nicht bzw. damit beantwortet, das sei alles Sache des Zoovereins. Aber einen Geschäftsbesorgungsvertrag oder einen Vertrag über die Wahrnehmung von städtischen Aufgaben durch der Zooverein gibt es nicht.

Welchen Grund kann es geben, daß die für die Tigerradtour gesammelten Spenden (ca. 40.000 €) über den Zooverein in Sachspenden gewandelt werden?

Die Verfahrensweise schildert Dr. Hensch so: Der Zooverein nimmt die Wünsche des Zoodirektors zur Kenntnis, akquiriert daraufhin Spenden, vergibt Aufträge zur Realisierung der Wünsche (gegebenenfalls mit eigenem Vergabeausschuß) und die StVV stimmt über die geleisteten Sachspenden ab. Alles in saubere rechtlicher Trennung?

Sarkastisch ist hinzuzufügen: »Der Zoodirektor äußert die Wünsche natürlich nicht als Ehrenmitglied des Vereins, sondern als Stadtangestellter und der Bürgermeister vergißt im Moment der Entscheidung über die Annahme der Sachspenden, daß er Ehrenmitglied des Zoovereins ist. Sein Rechtsamt bestätigt ihm ja auch, daß alles in Ordnung ist«. Nichts ist in Ordnung.

Die Verfahrensweise ist rechtswidrig, die rechtliche Prüfung außerordentlich fragwürdig.

Was soll man dazu sagen: Herr Gatzlaff beantwortet Abgeordnetenfragen abschlägig, die Antikorruptionsstelle verweist anstelle einer eigenen Prüfung auf die von Herrn Gatzlaff unterzeichnete Stellungnahme des Rechtsamtes, das durch Herrn Bürgermeister Boginski mit der Prüfung beauftragt wurde und keine vergaberechtlichen Probleme sah.

Darf man bei dieser Allianz der Prüfenden anderes erwarten und auf das Prüfungsergebnis vertrauen?

**3. Der Bericht der Antikorruptionsstelle enthält keine Angaben zur Prüfung der städtischen Vergaben, die bekanntlich als besonders korruptionsanfällig gelten.**

Dem Jahresabschluß 2011, und zwar im angehängten Teil »Bericht des Rechnungsprüfungsamtes«, den die StVV am 27.02.14 entgegengenommen hat, waren Angaben zu den Vergaben zu entnehmen. Bei den Vergaben der Stadt wurde eine Fehlerquote von 15 % festgestellt. Bei vier Vergabevorschlägen waren die Beanstandungen so gravierend, daß es zu einer Aufhebung der betreffenden Ausschreibungen kam. Ein Fall wurde dort beispielhaft beschrieben, wo der Zuschlag auf ein fragwürdiges Nebenangebot für 60 T€ erteilt wurde, das bei der Submission möglicherweise gar nicht vorgelegen hat. Die Ausschreibung wurde aufgehoben und wiederholt, wonach die Leistung dann für nur 45 T€ vergeben werden konnte.

Gerade ein solches Beispiel unterstützt meine Erwartung, daß die Stadtverwaltung erklärt, wie es zu dieser und weiteren 36 beanstandeten Vergaben kommen konnte und wie diese künftig vermieden werden können.

Eine Fehlerquote von 15 % ist als sehr hoch einzuschätzen und verdient wegen der Gefahr eventueller Vorteilsgewährungen bei Vergaben besondere Beachtung.

Dazu ist eine Stellungnahme der Verwaltung und eben auch der Antikorruptionsstelle unverzichtbar.

Meine kritischen Worte zu den Informationsvorlagen fanden jedoch weder bei der Verwaltung, noch bei den Abgeordneten Gehör - wie der einsame Rufer in der Wüste.

ALBRECHT TRILLER

# Rechte der Ortsteilvertretungen erweitern!

Zur Kommunalwahl 2008 schaffte es kein einziger der Ortsvorsteher der vier großen Ortsteile mittels Direktwahl ins Amt zu kommen. Zu den Stichwahlen am 12. Oktober 2008 blieb sogar die Wahlbeteiligung – vom Ortsteil Finow abgesehen, in dem sich 16,3 Prozent der Wahlberechtigten an der Wahl beteiligten – unter dem Quorum von 15 Prozent, das ein Bewerber in der Direktwahl mindestens erreichen muß. Es ist eine reale Gefahr, daß wir entsprechend der Kommunalverfassung über kurz oder lang nur noch über Ortsteile ohne Ortsteilvertretungen verfügen werden.

Wenn über die Gründe der geringen Beteiligung diskutiert wird, ist die Rede von Wahlmüdigkeit, Politikverdrossenheit oder mangelndem Interesse an der Kommunalpolitik.

Auf der Ebene der Ortsteile kommen aber noch weitere Gründe hinzu. Da ist einerseits die Unüberschaubarkeit der großen Ortsteile. Diesen Mangel durch eine Neugliederung der Ortsteile zu beheben, wie von uns vorgeschlagen, lehnte die Stadtverordnetenmehrheit ab.

Das geringe Interesse an den Ortsvorstehervahlen hat aber auch damit zu tun, daß die Mitsprachemöglichkeiten der Ortsteilvertretungen in Eberswalde zu wenig entwickelt sind. Wenn wir uns über das geringe politische Engagement der Einwohnerinnen und Einwohner beklagen, dann ist es der falsche Weg, darauf zu warten, daß auch noch die letzten Mitsprachemöglichkeiten verschwinden.

Wir sollten dem offensiv entgegenreten, indem wir die Rechte der Ortsteilvertretungen und damit der Einwohner in den Ortsteilen erweitern.

Wir sind der Überzeugung, daß sich die Menschen engagieren, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Die Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Bürgerbudget zeigen das. Mit unserem Vorschlag zur Erweiterung der Rechte der Ortsteilvertretungen haben wir die Möglichkeiten aufgezeigt, die der Rahmen der Kommunalverfassung zuläßt.

Diese Vorlage stand bereits im November auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. Auf Initiative der Fraktionen der SPD und der FDP ist sie in den Hauptausschuß und in den Finanzausschuß verwiesen worden. Ich kann mich noch gut an die Worte erinnern, unsere Vorlage würde »interessante Ansätze« enthalten. Meine Erwartung war nun, daß die Möglichkeit zur Diskussion in den Ausschüssen zumindest von diesen beiden Fraktionen dazu genutzt wird, näher zu erläutern, welche »interessanten Ansätze« wir gemeinsam umsetzen wollen. Leider Fehlanzeige.

Der vorliegenden Stellungnahme der Unteren Kommunalaufsicht kann man entnehmen,

daß alle unsere Vorschläge zulässig sind. Die Kommunalaufsicht hat auch eine ganze Reihe von Hinweisen gegeben, die bei der konkreten Umsetzung und bei der notwendigen Änderung der Hauptsatzung zu beachten sind.

Leider liegt die Antwort zu unserer Anfrage AF/0133/2014 zur Wahl der Ortsteilvertretungen noch immer nicht vor. Die Gefahr, daß wir nach dem Mai 2014 in den vier großen Ortsteilen ohne Ortsteilvertretungen dastehen, kann so aktuell nicht bewertet werden. Unsere Vorschläge dienen der Lösung dieses Problems.

GERD MARKMANN

**Bemerkung:** Die Vorlage zur Erweiterung der Rechte der Ortsteilvertretungen wurde bei 3 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt. Als Grund wurde u.a. von Hardy Lux (SPD) genannt, daß so kurz vor den Kommunalwahlen eine so grundlegende Änderung unangebracht sei. Wieso sie das nicht schon im Dezember wußten, sagte Hardy Lux nicht. Er forderte die Einreicher auf, die Vorlage in der nächsten Wahlperiode erneut einzureichen.

# Kann das Papiermuseum erhalten werden?

Eberswalde (bbp). »In den regionalen Medien«, heißt es in einer Anfrage des Stadtverordneten Gerd Markmann (Die Linke/Allianz freier Wähler) zur Stadtverordnetenversammlung am 27. März, »wurde darüber berichtet, daß das Gelände der Papierfabrik Wolfswinkel noch in diesem Jahr geräumt und anschließend verkauft werden soll. Davon sind einerseits die dort lebenden und alternative Wohnformen ausprobierenden 'Raumpioniere' betroffen, die sich nun eine neue Heimstatt suchen müssen. Betroffen ist außerdem das Papiermuseum mit der 'Spechthausener Handschöpferei Eberswalde' im alten Büttengebäude der Papierfabrik Wolfswinkel.« Dabei handele es sich um einen einzigartigen Kulturschatz und einen bedeutenden Bestandteil in der Reihe der industriehistorischen Denkmale am Finowkanal. Mit dem Verein »Unser Finowkanal e.V.« gebe es seit einiger Zeit eine sehr aktive Initiative, die sich die Rettung des Finowkanals und der industriehistorischen Denkmale auf die Fahnen geschrieben hat.

In diesem Zusammenhang fragte der Stadtverordnete, mit welchen Maßnahmen die Stadtverwaltung die Bemühungen der Initiative »Unser Finowkanal« konkret unterstützt und welche weiterführenden Pläne es seitens der Stadtverwaltung gab und gibt, um das Papiermuseum dauerhaft in Eberswalde zu erhalten.

Die Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung war notwendig geworden, weil eine ähnlich gelagerte Frage im Finanzausschuß am



Ein Mitarbeiter des Museums erklärt einem Besucher des Papiermuseums die Kegelstoffmühle, die von der Fa. Voith GmbH gespendet wurde.

13. März vom stellvertretenden Bürgermeister Bellay Gatzlaff weitgehend abgeblockt worden war. Gatzlaff sagte auf die Frage, was die Stadtverwaltung unternommen habe, um das Papiermuseum zu erhalten, daß seitens der Stadtverwaltung nichts unternommen worden sei und auch künftig keine Absicht bestehe, das Papiermuseum zu übernehmen. Das sei eine neue Aufgabe, der die 2010 bis 2012 durchgeführte Aufgabenkritik entgegenstehe.

Die Antwort von Bürgermeister Friedhelm Boginski auf der Stadtverordnetenversammlung fiel deutlich ausführlicher aus. Er sieht die

Aktivitäten des Vereins »Unser Finowkanal« als »ausgesprochen positive Ergänzung« der städtischen Aktivitäten zum Finowkanal. Er verwies auf mehrere Gespräche, die er und die Baudezernentin Anne Fellner mit dem Verein geführt haben. Die Baudezernentin sei auch die direkte Ansprechpartnerin für diese Problematik.

Eine Initiative mit »menpower« könne viel erreichen, wofür Boginski den Förderverein für den Wasserturm beispielhaft nannte.

Hinsichtlich des Papiermuseums habe es bereits intensive Kontakte seitens des Heimatvereins gegeben, um in Absprache mit dem Privateigentümer »die wichtigsten Sachen« erst einmal sicherzustellen. Boginski stellte auch klar, daß »wir nicht in der Lage sein werden, das Papiermuseum zu übernehmen und in städtischer Trägerschaft zu betreiben«. Auf Hilfe zum Erhalt des Papiermuseums, so Bürgermeister Boginski, könnten die derzeitigen und künftigen Privatbesitzer aber auf jeden Fall zählen.

## Park statt Ödnis

Pflanzaktion vor der Kita Arche Noah

**Eberswalde (bbp).** Am 10. April, um 10 Uhr, startet vor der Kita »Arche Noah« die Begrünung der Ödfläche, die dort nach dem Rückbau eines Parkplatzes der Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) entstanden war. Die Pflanzaktion, die am Folgetag fortgesetzt werden soll, ist ein Gemeinschaftsprojekt zwischen der Kita, dem dort beheimateten Eltern-Kind-Zentrum (EKZ), der WHG und der Stiftung »WaldWelten«. Die Aktion ist Bestandteil des diesjährigen Frühjahrsputztes. In diesem Rahmen ist auch die Unterstützung durch den städtischen Bauhof avisiert. Von der Stadt Eberswalde, aus dem Fördertopf für Umweltprojekte, kamen auch die finanziellen Mittel für den Kauf der Pflanzen in Höhe von 1.000 Euro.

Die Kita-Kinder sollen künftig nicht nur den kleinen Park vor ihrer Tür nutzen, sondern auch bei der Pflege mitmachen. Professor Harald Schill von den »WaldWelten« fungierte als Fachberater. Nach seinem Vorschlag sind vor allem Bäume und Sträucher ausgewählt worden, die dem nährstoffarmen Boden angepaßt sind, wie Wildapfel und Wildbirne. Seine Idee war auch, die Fläche mit einer Hecke aus Schlehen und Sanddorn zu begrenzen.

Petra Boden und Jenny Wörpel von der Kita und dem EKZ wollen mit der gestalteten Grünfläche ein Beispiel im Wohngebiet schaffen, für das sie sich Nachahmer wünschen.



Die Projektverantwortlichen Petra Boden und Jenny Wörpel (Mitte) im Gespräch mit Doreen Boden und Jens Aßmann von der WHG, Professor Harald Schilling von den »WaldWelten« und Ortsvorsteher Carsten Zinn, der als Vermittler und »Türöffner« das Projekt begleitete.

## »Stino« wird größer

**Eberswalde (bbp).** Der Jugendklub »Stino« in Westend vergrößert sich. Gegenwärtig nutzt der Jugendclub gemeinsam mit der Verbraucherzentrale die Räumlichkeiten am alten Busbahnhof. Nach Fertigstellung des Bürgerbildungszentrums in der Puschkinstraße zieht die Verbraucherzentrale dorthin. Die in Westend freiwerdenden Räume können dann durch den Jugendclub genutzt werden. Zur Vorbereitung gibt es im Mai mit den »Stino«-Jugendlichen eine Planungswerkstatt, die von einem externen Büro durchgeführt werden soll.

## Unliebsame Einwohnerfragen

Ute Frey fragte in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 27. Februar Bürgermeister Boginski: »Finden Sie es in Ordnung, daß ich bis heute nicht weiß, welche Heizungskosten ich für 2013 bezahlen muß und was mich bei den Heizungskosten 2014 erwartet? Ich weiß natürlich, daß die Heizungskosten vom Wärmeverbrauch abhängig sind, was man erst hinterher feststellen kann. Ich meine vielmehr die spezifischen Wärmekosten je Verbrauchseinheit, die die WHG mit dem Wärmelieferanten EWE vereinbart hat. Warum werden uns die spezifischen Wärmekosten nicht vorher zur Kenntnis gegeben?« Sie verwies darauf, daß sie diese Einwohnerfrage bereits früher gestellt hatte, ohne daß sich etwas änderte.

Man müsse erst die WHG fragen, dann bekäme sie Antwort darauf, antwortete der Bürgermeister. Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen. Diese einfache Frage zur Arbeitsweise des kommunalen Wohnungsunternehmens kann der Bürgermeister nicht beantworten. Er muß dazu erst die WHG befragen. Wohl wissend, daß diese ein Geheimnis daraus macht, welche Fernheizungskosten auf die Mieter zukommen. Der Bürgermeister ist der alleinige Gesellschaftervertreter. Er hat die Macht zu entscheiden und den WHG-Geschäftsführer anzuweisen, daß ab sofort der aktuelle Arbeitspreis und der Grundpreis den Mietern genannt wird. Und dazu muß er niemanden fragen. Nicht den Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender er ist, und auch kein Gremium der StVV. Der Geschäftsführer der WHG muß seiner Weisung folgen.

Sieht man dem Bürgermeister nach, daß ihm in der nämlichen Sitzung sein Stellvertreter und für die »städtischen Beteiligungen« zuständige Dezernent Bellay Gatzlaff fehlte, so bleibt die Frage, warum bei der Beantwortung der Einwohnerfragen in der folgenden StVV am 27. März kein neuer Kenntnisstand vorlag und Ute Freys Einwohnerfrage noch immer nicht beantwortet wurde? Es blieb dabei, daß die Stellungnahme der WHG abgewartet werden muß. »Nach Vorliegen der Stellungnahme werden wir Ihnen unaufgefordert Mitteilung machen« – so etwa wird kundgetan, daß man bis dahin geduldig abwarten und nicht etwa noch nachfragen soll.

In der Finanzausschußsitzung am 3. April machte ich den Umgang mit den Einwohnerfragen zum Gegenstand einer Abgeordnetenfrage. Ich fragte den Dezernenten Bellay Gatzlaff, warum die Einwohnerfrage von Ute Frey

zum Fernwärmepreis, ebenso wie die von Bernd Pomraenke zum Thema des unkorrekten Leistungspreises, erst Stellungnahmen der WHG und des BBU (Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen) erforderlich sei. Die Fragen können doch auch ohne diese Stellungnahmen beantwortet werden, zumal klar ist, welche Antworten kommen.

Die Antwort wird lauten, daß die WHG keine Informationen über die Verträge mit Dritten (Wärmeliefervertrag der WHG mit EWE) geben dürfe. Das darf aber die WHG nicht hindern, ihren Mietern mit Beginn der jeweiligen Lieferzeiträume den Arbeitspreis und den Grundpreis für die Fernwärme zu benennen, so wie es Stadtwerke als Fernwärmeeerzeuger tun (dafür benannte ich 6 Beispiele von Stadtwerken in Ost und West, die diese Anforderungen erfüllen). Außerdem dürfte klar sein, daß die säumige WHG, ebenso wie der BBU nur nach Rechtfertigungen für die mangelhafte Informationspraxis suchen werden. Der Bürgermeister muß sich fragen, ob diese Praxis eines kommunalen Unternehmens vertretbar ist.

Nun ist EWE in Eberswalde nicht nur Wärmelieferant für die großen Wohnungsunternehmen und die städtischen Objekte in Eberswalde. Sie beliefert z.T. auch Einzelabnehmer in Eberswalde und Finowfurt. Solche Abnehmer erhalten die Informationen über die Lieferkonditionen, die den WHG-Mietern vorenthalten werden.

Daß die WHG sehr wohl in der Lage ist, den Mietern mitzuteilen, welche Betriebskosten sie erwarten, macht ein eben an die Mieter versandtes Schreiben deutlich. Darin kündigt die WHG eine Kostenerhöhung von 18 € pro Monat, also etwa 216 € im Jahr, mit. Allerdings betrifft diese Aussage nicht das Jahr 2014, sondern die Kosten für 2013. Damit wird sie nicht ihrer Informationspflicht für die aktuellen Betriebskosten gerecht, denn dazu enthält das Schreiben keine Angaben. Vielmehr scheint es der WHG nur darum zu gehen, daß die Mieter schon jetzt sparen, um die WHG-Rechnung im September für 2013 bezahlen zu können.

Fragen müssen sich auch die Stadtverordneten, ob sie sich gegenüber den Mietern in der Verantwortung sehen, daß diesen die ihnen zustehenden Informationen zu den Betriebskosten bekommen. Götz Trieloff (FDP) meinte im Finanzausschuß, es wären ja nur zwei Einwohner, die seien nicht repräsentativ.

ALBRECHT TRILLER

## 4. Eberswalder Völkerball-Turnier der Toleranz

Am Samstag, den 26. April 2014 von 9 bis 18 Uhr in der Sporthalle Finowtal, Schorfheidestr. 30, 16227 Eberswalde mit Moderation, Verpflegung und Playersparty ab 18 Uhr!

Wir freuen uns auf die Teilnahme möglichst vieler Teams aus dem Barnim und dem gesamten Bundesland Brandenburg. Macht mit und meldet euch bei uns an!

Die Gesamtteilnehmerzahl ist begrenzt auf 24 Mannschaften für Frauen, Männer und Mixed Teams. Meldeschluß ist der 19. April 2014. Die Startgebühr beträgt 5 € pro Spieler, ein Team besteht aus min. 6 und max. 10 Spielern pro Team.

Zonenboys Eberswalde e.V.

## Innovationen in der Eberswalder Kommunalpolitik?

# Der politische Raum



Nach der überaus erfolgreichen Initiative **baumlos Bauen in der Stadt (IBbIS)** sind Innovationen in der Eberswalder Kommunalpolitik ausgeblieben. Neuerdings redet man im Dunstkreis der Stadtverwaltung vom politischen Raum, der etwas zu entscheiden hätte. Dieser schöne Begriff hat es schon in die lokale Presse geschafft. Einige Leser haben nun gefragt, was mit dem politischen Raum gemeint ist und wie man mit ihm umgeht.

Bevor man sich mit Regieren befaßt, müßte die Lage des politischen Raumes ermittelt werden. Als endlicher Raum wird er einen Ort und Ausdehnungen in mehrere Richtungen haben. Eine Fläche wie der Eberswalder Marktplatz reicht nicht. Dort werden Blumen verkauft. Vielleicht sind ortsfeste Räume in Gebäuden

gemeint. Die Zimmer in der Stadtverwaltung, dort wo die Gemeindebediensteten arbeiten, haben Nummern und würden nicht als der politische Raum bezeichnet. Wenn dem so wäre, könnte man hingehen und im Raum 0815 dem Orakel beim Regieren zuhören. Hinterzimmer in der gemütlichen Klausur oder anderen Loka-

len werden nicht gemeint sein. Das hätte die Presse bemerkt und berichtet. Die Lage des politischen Raumes bleibt also im Nebel.

Interessanter ist die Frage, wie der politische Raum regieren könnte. Höchstwahrscheinlich kann der politische Raum selbst nichts entscheiden. Soweit ist die moderne Technik noch nicht. Regiert werden Menschen immer noch von Menschen. Wie allgemein bekannt, wird die Stadt Eberswalde nach den Grundsätzen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates verwaltet. Im Rahmen des geltenden Rechts haben die Einwohner, falls sie auch Bürger der Stadt sind, immer das letzte Wort, wie man in Bernau sehen kann.

Die gewöhnlichen Geschäfte der Gemeinde werden von den Gemeindebediensteten ausgeführt. Diese dienen dem Wohl der Stadt, wie es ihr Name sagt. Die Aufsicht über die Gemeindebediensteten führt der Bürgermeister, der außerdem die Gemeinde nach außen vertritt. Die Stadtverordneten vertreten die Einwohner und beschließen mit Mehrheit als Gemeindevertretung zum Beispiel wie die Verwaltung geführt wird. In dieser Ordnung kommen politische Räume auch nicht vor.

Wie kann ein politischer Raum barrierefrei und politisch korrekt regieren, wenn er nicht auffindbar ist, in der freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht vorkommt und auch nicht zur Kommunalwahl antritt? Da sich die Stadtverordneten intensiv und nachdrücklich mit Korruption und Bestechung in ihrem Dunstkreis befaßt haben, ist der politische Raum keine Schimäre.

Deshalb werden auch wir den politischen Raum weiterhin suchen, denn soviel Zeit muß einfach sein.

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof

## Kommunalwahlen 2014 – wählen?! – Und dann?

von Johannes Madeja

Am 25. Mai sind Kommunalwahlen. Es werden Gemeindevertreter, Stadtverordnete und der Kreistag neu gewählt. Der Redakteur dieses Blattes hat, auch für seinen Partner und Genossen, in der Februar Ausgabe schon mal kräftig Wahlwerbung gemacht. Beide sind Mitglieder der Partei die LINKE und legen wert darauf, es weiter zu sein. Geworben haben sie aber für sich, ausdrücklich nicht für ihre Partei. Ob das geht? Ja, das geht! Aber es lohnt schon, sich über das »warum« ein paar Gedanken zu machen.

Man hört in diesen Tagen immer wieder folgende Fragen: Hat es überhaupt einen Sinn zu wählen? Welche Partei sollte ich wählen? Sind Parteien überhaupt noch wählbar? Sollte ich es nicht einmal mit einer der vielen Wählergruppen probieren? Aber haben die überhaupt eine Chance? Ist meine Stimme dann nicht verloren?

Schon Bismarck wußte: Am meisten wird gelogen vor der Ehe, im Krieg und nach der Jagd. Das, was uns die Parteien vor der Wahl versprechen, das ist so eine Art Eheversprechen, für eine Ehe auf Zeit. Wir sollen das glauben und unser Kreuz bei genau dieser Partei machen. Eine Partei, die am meisten verspricht – die Leute sind ja so leichtgläubig und so vergesslich – die wird oft gewählt. Wir gehen aber nicht das erste Mal zur Wahl, wir haben schon Erfahrung und manch einer hat daraus gelernt.

Wir haben uns gemerkt, daß wir vor jeder Wahl immer wieder neu belogen wurden. Lügner wählt man nicht noch einmal. Natürlich bestreiten die Parteien, daß sie gelogen haben. Sie verweisen immer wieder auf »Sachzwänge«, auf erforderliche Kompromisse und halten den Koalitionsvertrag hoch, in dem freilich das Parteiprogramm, das einst ihr Versprechen war, kaum noch erkennbar ist. Und schließlich die ständige Ausrede: Ja, wenn wir stärker wären, dann hätten wir natürlich mehr erreichen können, aber ohne uns wäre es ja noch viel schlimmer gekommen! Wir haben Ärgeres, Schlimmeres verhindert. Das sollen wir den Lügner nun glauben und sie wieder wählen.

Ist das bei allen Parteien so? Ich sage ja! Gibt es einen Unterschied zwischen Kommunal- und Landtagswahlen? Auch hier sage ich ja!

Bei den Kommunalwahlen wählen wir in erster Linie ganz bestimmte Personen unseres Vertrauens, da sollte die Zugehörigkeit zu einer Partei untergeordnet sein. In der Gemeindevertretung, im Stadtrat und im Kreistag sitzt in vielen Fällen der Nachbar, die Nachbarin. Sie entscheiden über Dinge, die uns ganz persönlich betreffen und wir können mit ihnen reden, sofort, vor und auch nach einer Entscheidung. So haben wir ständig die Möglichkeit, auf die »Politik« Einfluß zu nehmen. Auch während einer Wahlperiode können wir »unserem« Gemeindevertreter oder Kreistagsabgeordneten sagen, was wir vom Straßenausbau in Luxusvariante, von höheren Friedhofsgebühren, Hundesteuern und Müllgebühren, von Schulbuskosten und höheren KITA-Gebühren halten.

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7:

## Wählen?! – Und dann?

Wir werden diese Frau, diesen Mann wieder wählen, weil wir erfahren haben, daß sie/er unsere Interessen vertritt, auch wenn sie/er sich nicht immer durchsetzen konnte.

Niemand ist gut beraten, der eine Person wählt, nur weil sie einer bestimmten politischen Partei angehört. Dieses Problem haben wir nämlich bei Landtags- und Bundestagswahlen. Da wird gewählt, wer auf der »Liste« ganz weit oben steht, mit der – wichtigeren – Zweitstimme. Zwar gibt es auch die sogenannte Erststimme, mit der wir einen bestimmten Kandidaten namentlich ankreuzen können, aber der ist dann, wenn er gewählt wird, auch Mitglied der Fraktion seiner Partei und hat bald, so die Erfahrung, aus höherer Sicht unsere »kleinen« Probleme ganz schnell aus dem Blick verloren und vergessen.

Deshalb habe ich schon Verständnis für Menschen, die nicht mehr zur Landtags- oder Bundestagswahl gehen. Wer jedoch nicht zur Kommunalwahl geht, der muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er mit seinem Desinteresse allen Gleichgesinnten, besonders auch sich selbst, schadet. So jemandem muß man dann gelegentlich sagen: Du bist selbst Schuld, Du hast nicht die richtigen Leute gewählt oder gar nicht gewählt.

**Deshalb kann es nur einen Rat geben: Gehen Sie zur Wahl und wählen Sie die Personen, die sich in den vergangenen Jahren als Ihre Interessenvertreter bewährt haben.**

Die Mitgliedschaft in einer Partei sollte nie ausschlaggebend sein. Ich räume jedoch ein, daß die Mitgliedschaft in einer bestimmten Partei schon ein Grund sein kann, einen Kandidaten nicht zu wählen. Ich muß Ihnen diese Parteien nicht aufzählen. Trotzdem kenne ich Menschen, die wählen grundsätzlich immer nur Mitglieder einer bestimmten Partei, seit Jahrzehnten. Das ist sicher nicht ganz richtig. Ich kenne auch Menschen, die wählen grundsätzlich keine Mitglieder politischer Parteien. Das kann richtig ein, muß aber nicht. Es kommt, diese Erfahrung habe ich gemacht, in erster Linie darauf an, daß man sein Vertrauen einem Menschen schenkt, der dieses Vertrauen nachweislich verdient hat und der sich, auch durch großes Engagement, eiserne Konsequenz und persönlichen Mut, bewährt hat.

## Wahlhelfer gesucht

**Eberswalde (cz).** Einschließlich Stichwahlen gibt es in diesem Jahr bis zu fünf Wahltermine, für die noch ehrenamtliche Wahlhelfer gesucht werden. Mit den vier Briefwahllokalen müssen jeweils 37 Wahllokale besetzt werden. Los geht es mit den Europa- und Kommunalwahlen am 25. Mai und der eventuellen Ortsvorsteherstichwahl am 15. Juni. Wer bereit ist als Wahlhelfer zu wirken, der wendet sich bitte an Karin Döring oder Andree Böhm im Bürger- und Ordnungsdienst (Tel. 03334/64-440, -166, -158).

Bündnis für ein demokratisches Eberswalde:

## Wahlantritt nach reiflicher Überlegung

**Nach reiflicher Überlegung hat sich das Bündnis für ein demokratisches Eberswalde entschlossen, auch zur Kommunalwahl 2014 anzutreten.**

Wir stellen einerseits fest, daß kommunalpolitische Arbeit in Eberswalde und im Landkreis sehr demotivierend ist, weil die demokratische Mitwirkung der Bürgerschaft trotz tönender Worte eher nicht gefragt ist. Andererseits sehen und sehen wir als Bündnis für ein demokratisches Eberswalde unsere Aufgabe gerade im Kampf um mehr Demokratie im Wahlgebiet. Werden wir einerseits im politischen Raum gescholten wegen unserer »radikal oppositionellen« Arbeit, so haben wir andererseits gerade dadurch viel Anerkennung und Unterstützung der Bürger erfahren und werden gedrängt, weiter zu machen. Daher treten wir erneut mit Kandidaten für den Kreistag und die Stadtverordnetenversammlung an und haben mit Otto Baaz einen Ortsvorsteherkandidaten für Finow benannt.

Die Inhalte unserer Arbeit werden sich auch in Zukunft nicht verändern, wenn auch die jeweiligen Gegenstände wechseln. In der Vergangenheit waren es solche, wie der Spendenskandal des Exbürgermeisters Schulz, der Kampf gegen den Flugplatzausbau, die Müllverbrennungsanlage, den Betrieb des HoKaWe und dessen Erwerb durch den Landkreis. Es ging und es geht uns ferner um mehr Demokratie in der Stadt und im Landkreis, um mehr Bürgerbeteiligung, um den Bürgerhaushalt, die Transparenz in kommunalen Unternehmen und in allen kommunalen Angelegenheiten, und vor allem um die unmittelbaren Interessen der Bürgerinnen und Bürger. In den letzten Jahren spielten in unserer Arbeit die Strom- und Fernwärmepreise und die Betriebskosten der Mieter insgesamt eine immer stärkere Rolle. Unser Ziel war und ist die Wiedergründung von Stadtwerken als wichtigstes Element städtischer Energiepolitik im Interesse der Eberswalder Bürger und Unternehmen. An all diesen Fragen gilt es weiter zu arbeiten und nach

politischen Mehrheiten dafür zu suchen. In unserem aktualisierten Wahlprogramm finden sich zudem folgende Ziele:

Die Stadt braucht eine neue Wirtschafts- und Finanzpolitik, die nicht vordergründig auf die Nutzung von Fördermitteln ausgerichtet ist, sondern auf nachhaltige Finanzierungen aufbaut und die demographischen Veränderungen und ökologischen Erfordernisse berücksichtigt. Städtebau und Architektur müssen dem Rechnung tragen mit Gewinn für die Lebensqualität der Bewohner und Gäste.

Eine ausgewogene Entwicklung und Zusammenarbeit der Kommunen im Landkreis und in der Stadt mit all ihren Ortsteilen muß an die Stelle der Konkurrenz zwischen ihnen treten.

Keine Privatisierungen kommunaler Daseinsvorsorge. Kommunale Betriebe gehören den Bürgern und müssen den Bürgern dienen.

Soziale Gerechtigkeit; Hartz IV muß weg; Stopp der Umverteilung von unten nach oben. Kommunalpolitik sozial gestalten. Statt Alimentierung und Sanktionierung der Arbeitslosen – Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Von Arbeit muß man leben können.

Mieten und Betriebskosten müssen sozial verträglich und bezahlbar bleiben. Die kommunale Energiepolitik – verbunden mit der Wiedergründung von Stadtwerken – muß der Umwelt dienen und zur Entlastung der Bürger beitragen.

Eine an den Kindern orientierte Schulpolitik; gegen zentrale Schulkomplexe; Schulen gehören in die Dörfer und Stadtteile.

»Waldstadt Eberswalde« muß »Waldstadt« bleiben. Für eine ökologische grüne Stadt Eberswalde und gepflegte Alleen auf dem Lande. Erhalt der Natur- und Landschaftsschutzgebiete. Für eine ökologisch orientierte Landwirtschaft.

ALBRECHT TRILLER

Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft:

## Damit gutes Leben einfacher wird

Um den Energie- und Ressourcenverbrauch unserer Gesellschaft zu senken, muß die Öko-Avantgarde in eine Massenbewegung transformiert werden. Hierzu bedarf es einer Suffizienzpolitik, einer Fokussierung auf wirksame Strategien, die gutes und maßvolles Leben einfacher machen. Doch wie gelingt es, diese Idee des Maßhaltens in ein politisches Programm zu überführen und zu zeigen, wie es sich ohne Bevormundung oder gar totalitären Zwang in politische Praxis übersetzen läßt?

Zur Beantwortung dieser Frage hat Pierre Ibisch von der Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft die Naturschützerin und Volkswirtin Angelika Zahrt eingeladen.

Sie ist die Ehrenvorsitzende des BUND und gehörte von 2001 bis 2013 dem Rat für Nachhaltige Entwicklung an. Sie ist Autorin des Buches »Damit gutes Leben einfacher wird: Perspektiven einer Suffizienzpolitik«.

**Dienstag, 15. April, 19 Uhr, Alte Forstakademie, Schicklerstr. 3, 16225 Eberswalde**  
**Moderation: Inka Thuncke, Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg**

Die Gespräche und Diskussionen der Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft sind eine gemeinsame Veranstaltung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, der Stadt Eberswalde und der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg.

DANIELA KREBS

## »Alternativen sind machbar!«

Kommunalwahlprogramm der ALTERNATIVEN LISTE EBERSWALDE

**Eberswalde (bbp).** Für ihr Kommunalwahlprogramm hat die Wählergruppe ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE einen alten, dort längst vergessenen Slogan der PDS aus der Schublade geholt: »Alternativen sind machbar«.

Der Programmentwurf, der in der nächsten Woche von den Mitgliedern der Wählergruppe bestätigt werden soll, beginnt mit der Aussage: »Wir wollen eine starke Kommune mit einer prosperierenden Wirtschaft, die für alle Einwohnerinnen und Einwohner von Vorteil ist und die finanzielle Unabhängigkeit der Stadt garantiert.« Dabei setzt der Weg zu finanzieller Unabhängigkeit der Stadt nichts weniger voraus als einen Paradigmenwechsel. Weg von der immer noch üblichen Mentalität des »Nur-Fördermittel-Abgreifens«, die »eine eigenständige Entwicklung behindert und zugleich die Abhängigkeiten manifestiert«, hin zu einer Investitionspolitik, die in jedem einzelnen Fall das Ziel der finanziellen Unabhängigkeit der Stadt im Blick hat.

»Eberswalde ist größer als der Marktplatz. Wir treten für die ganze Stadt ein, für die gleichberechtigte Entwicklung aller Stadtteile.« Hierzu gehören Vorschläge wie die Neugliederung der Ortsteile und die Erweiterung der Rechte der Ortsteilvertretungen, die bereits in der alten Stadtverordnetenversammlung für rege Diskussionen sorgten. Aus einer gleichberechtigten Entwicklung aller Stadtteile folgt eine andere Verteilung der Ressourcen als bisher. Dabei geht es nicht darum, der Stadtmitte die Zentrumsfunktion streitig zu machen. Das Zentrum bleibt wichtig für die Entwicklung der Gesamtstadt. Genauso wichtig ist aber die Entwicklung der Ortsteile. Auch für das Zentrum. Die Funktionen müssen klar definiert sein und sich ergänzen zum Nutzen der Gesamtstadt und aller hier lebenden Menschen.

»Wir stehen für soziale Gerechtigkeit«, heißt es weiter im Programm, »und wollen den Benachteiligten eine Stimme geben. Auch die Verlierer der neoliberalisierten Marktwirtschaft brauchen eine Chance. Sie sind gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Ihnen zu helfen, liegt letztlich im Interesse aller.«

Schließlich nennt das Programm in seiner Präambel auch das Hauptmittel, wie eine alternative Entwicklung zustande kommen soll und kann: »Wir wollen selbstbewusste Bürgerinnen und Bürgern, die die Kommunalpolitik in die eigene Hand nehmen.« Dazu gehört neben umfassenden Mitwirkungsrechten vor allem Transparenz in allen städtischen Angelegenheiten (»gläsernes Rathaus«).

»Selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger« werden auch gebraucht, wenn es um die »Sicherung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit der Stadt« geht. »Die Kreativität der Eberswalder muß als der wichtigste Faktor einer wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt erkannt und befördert werden. Anzustreben ist eine Wirtschaftsentwick-

lung, in deren Mittelpunkt das auf modernste Technologien basierende produzierende Gewerbe steht und die die Vorteile des Wissenschaftsstandortes Eberswalde nutzt.«

Dabei gilt: »Arbeit darf nicht arm machen.« Das ist insbesondere bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu beachten. Die öffentliche Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand. »Dabei ist zu prüfen, ob die Bürger indirekt, durch kommunale Betriebe, oder direkt in Form alternativer Betriebsmodelle beteiligt werden. Bei allen Entscheidungen gilt es, die hohe Priorität der ökologischen Konsequenzen zu berücksichtigen.«

Im selbstbewußten und selbstbestimmten Tun der Eberswalderinnen und Eberswalder sieht die ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE den Schlüssel für die Lösung vieler Probleme. Hier müsse die Kommune vor allem unterstützend wirken. Das gilt z.B. für die Schaffung ausgewogener Handelsstrukturen, die vor allem die wohnortnahe Grundversorgung gewährleisten muß. Die Stadt braucht ein wirksames Konzept, um dem Geschäfts-Leerstand zu begegnen, »bis hin zu einer alternativen oder vorübergehenden Nutzung der Räume für Vereine oder Initiativen«. Die ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE tritt für den Erhalt und den Ausbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur ein, für ausreichende Kitaplätze und wohnortnahe Schulen. Dazu gehört auch eine ausreichende qualitativ hochwertige Schulsozialarbeit.

»Es muß Schluß sein mit dem Abriß von preiswertem Wohnraum.« Die Verfügbarkeit preiswerter und zugleich qualitativ ansprechernder Wohnungen ist ein großer Standortvorteil für Eberswalde. »Bauen auf der grünen Wiese an der städtischen Peripherie, fernab vom öffentlichen Nahverkehr, ist hingegen unwirtschaftlich und schadet der Stadtentwicklung.« Die ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE kritisiert zugleich den Verbau der letzten innerstädtischen Grünflächen.

Weitere Forderungen betreffen die Lösung der Verkehrsprobleme durch Verkehrsvermeidung, bessere Rad- und Fußwege und mehr ÖPNV (Taktzeiten, insbesondere in den Abendstunden). Hinsichtlich der Bahnanbindung wird ein 30-Minuten-Takt nach Berlin gefordert sowie die Herstellung bzw. Wiederherstellung von Bahnverbindungen nach Szczecin und Templin. Zur Sicherung des industriehistorischen Erbes entlang des Finowkanals schlägt die ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE die Entwicklung eines übergreifenden »Industrie-Museums Finowtal« mit Schwerpunkt im heutigen Familiengarten vor.

Außerdem sollen Initiativen mit alternativen Lebens- und Gesellschaftsentwürfen Unterstützung finden. Auch eine Baumsatzung für Eberswalde steht auf der Agenda. Schließlich wird als wichtiges Ziel u.a. auch die Verlegung der 380-kV-Leitung im Stadtgebiet als Erdkabel genannt.

## Austritte bei den Grünen

**Panketal (bbp).** Das Zerbrechen der bündnisgrünen Kreistagsfraktion im Januar war der bisherige Höhepunkt eines schon länger schwellenden Konflikts innerhalb der Barnimer Bündnisgrünen. Wie aus einer gemeinsamen Pressemitteilung der Wählergruppe GRÜNES PANKETAL und des Vorstands der bündnisgrünen Fraktion in der Gemeindevertretung Panketal vom 6. April hervorgeht, haben nun die ehemaligen Vorstandsmitglieder Ursula und Judith Weisgerber, das Gründungsmitglied der Grünen Partei in der DDR und langjährige Kreistagsabgeordnete Jochen Bona und der Verkehrsexperte Michael Hasse aus Protest den Kreisverband Barnim der Partei »mit sofortiger Wirkung« verlassen, ohne den Ausgang der seit 2011 laufenden Landes- und Bundesschiedsverfahren abzuwarten.

Der Austritt wird begründet mit »nachgewiesenen Gesetzesverstößen«, »falscher eidesstattlicher Versicherung«, »zahlreicher Mißachtungen von Parteisatzungen, Programmatik und Grundkonsens« und jahrelang vertuschten »Stasiverstrickungen im Kreisverband«. Ein weiterer Grund sei »vor allem das Ignorieren der Traditionen aus der friedlichen Revolution 1989/90 – mit den unterschiedlichen Erfahrungshintergründen im Osten«. Laut Parteisatzung seien Doppelmitgliedschaften mit NEUEM FORUM und Bündnis 90/Die Grünen zulässig. Kandidaturen auf parteiunabhängigen Listen werden aufgrund der besonderen Situation im Osten toleriert. Dennoch habe der Regionalvorstand Niederbarnim Parteiausschlüsse beantragt, die »in der von Westmitgliedern dominierten Verhandlung am Bundesschiedsgericht« beschlossen wurden. Die Vorstandsmitglieder Thomas Dyhr und Stefan Stahlbaum sollten »die Konsequenzen aus ihren moralischen und rechtlichen Verfehlungen ziehen und zurücktreten«.

Weisgerber und Bona hätten seit 2010, heißt es in der Erklärung, immer wieder die Hinwendung zu den grünen Hauptthemen Ökologie, Verkehr und Energie angemahnt und sich im Herbst 2013 entschieden, zu den Kommunalwahlen nicht mehr für Bündnis 90/Die Grünen zu kandidieren. Der Fraktionsvorsitzende, 2 sachkundige Einwohnerinnen und 3 Experten aus dem Beraterteam der Gesamtfraktion in der Gemeindevertretung Panketal haben zusammen mit der »BI für KITA Plätze« dann im März die Wählergruppe GRÜNES PANKETAL gegründet. GRÜNES PANKETAL ist vom Wahlauschuß zu den Kommunalwahlen am 25. Mai in beiden Ortsteilen Schwanebeck und Zepernick sowie für die Gemeindevertretung Panketal zugelassen worden. Innerhalb von zwei Tagen waren mehr als 65 Unterstützungsunterschriften im Rathaus abgegeben worden.

Auf der Wahlliste sind Kandidaten aus allen Panketaler Ortsteilen »mit vielfältigen unpolitischen Kompetenzen« vertreten. Demgegenüber rekrutiere sich die Liste des bündnisgrünen Regionalverbandes »im wesentlichen« nur aus dem Röntgentaler Kiez.

## Spielregeln

Es gibt beliebte und unbeliebte Spiele. Beliebt sind Fußball, Mensch-ärgere-dich-nicht, Skat und – schon etwas weniger – Schach. Ausgesprochen unbeliebt sind Spiele wie Energieabrechnung, Beitragsbescheide und Steuererklärung. Letztere haben drei Nachteile: Sie sind ziemlich teuer, auf die Spielregeln haben wir keinen Einfluß und zudem werden sie ständig geändert, meistens zu unserem Nachteil.

Ich greife mal das Beispiel »Beitragsbescheide« heraus. Dabei kommt es nicht darauf an, ob es sich um Müllabfuhr, Straßenausbau oder Abwassererschließung handelt. Und so sind die Regeln: Man bekommt den Bescheid und bezahlt, d.h., wie etwa beim Poker, man paßt gleich und dann gibt es ein neues Spiel. Wer nicht paßt, kann ja widersprechen, das steht so in den Regeln, soll aber trotzdem erst mal bezahlen. Der Widerspruch wird – regelgerecht – abgewiesen und, auch das steht in den Regeln, dann kann man ja klagen. Erfahrungsgemäß wird man verlieren und kann dann weiter klagen. Das bedeutet in der Praxis, dem bereits gezahlten Geld immer noch mehr Geld hinterherzuwerfen in der Hoffnung, alles einmal wiederzubekommen. Diese Hoffnung stirbt zuletzt.

Der Bestimmer der Regeln – das steht im Nichtgedruckten – klagt nämlich selbst durch alle Instanzen, falls es zwischendurch mal ein Urteil geben sollte, das für ihn ungünstig ist. Die Bestimmer heißen Bürgermeister, Landrat oder Geschäftsführer und sie haben eines gemeinsam: Sie leben und klagen von unserem Geld. Die meisten von uns wissen das und sie sind zu bequem oder zu schwach und, siehe oben, passen gleich.

**Wer mitspielen will, der muß die Regeln kennen. Wer die Regeln beherrscht, der wird gewinnen. Wer sie nicht beachtet oder verletzt, der kann nicht mitspielen. Er wird ausgeschlossen, vom Platz gestellt, disqualifiziert. Am günstigsten ist es, nach Regeln zu spielen, die man selbst gemacht hat. Wer bestimmt, daß nur nach seinen Regeln gespielt wird, der wird immer gewinnen.**

Es gibt aber auch die Nichtbequemen. Sie wollen für den Beitrag, der von ihnen gefordert wird, Leistung sehen und sie haben die unangenehme Eigenschaft, die Leistungen zu kontrollieren. Entsetzlich, solche Leute!

Oft stellen diese dann fest, daß der Beitrag gar nicht leistungsgerecht ist oder daß der Absender des Bescheides keine Ermächtigungsgrundlage hat, einen Bescheid auszufertigen. Solche Leute weisen Bescheide einfach zurück, etwa wegen Nichtzuständigkeit, weil sie geltendem Recht widersprechen oder einfach nicht unterschrieben sind. Eine solche Zurückweisung steht nicht in den Spielregeln! Trotzdem ist sie wirksam! Sie wird üblicherweise als Widerspruch behandelt, einfach um wieder in die Spielregeln hineinzukommen. Wenn es nur wenige sind, die diesen Weg gehen, dann ist es nicht schwer, das Regelwerk durchzusetzen. Da gibt es nämlich erprobte Mittelchen, solche aufmüpfigen Bürger in die Schranken zu weisen. Wer nicht zahlt, auf die Rechtmäßigkeit des Zahlungsgrundes kommt es nicht an, dem drohen Gehaltspfändung, Kontosperrung, Zwangsvollstreckung, Eintragung einer Grundschuld, Zwangsversteigerung des Häuschens und gar Erzwingungshaft. Daß derlei gesetzwidrig ist, darauf kommt es nicht an!

Wenn es nun aber viele sind, die sich ungerechtfertigte und ungerechte Bescheide nicht gefallen lassen und wenn die dann auch noch auf die Straße gehen und für ihr Recht demonstrieren, dann wird die Sache für die »Bestimmer« unangenehmer. Es ist dann problematisch, die vielen Zwangsmittel einzusetzen, denn die da auf der Straße marschieren, das sind ja auch alles Wähler und die wissen eines ganz genau: Alle Räder stehen still, wenn ihr starker Arm es will!

Man kann aber schon seine Zweifel haben, ob die mutigen Demonstranten, z.B. dienstags auf dem Bernauer Marktplatz, wirklich so genau wissen, daß sie nicht wenig Macht haben. Viele von ihnen wollen sich immer noch an die Spielregeln halten und scheinen noch nicht begriffen zu haben, daß sie nach diesen Regeln nicht gewinnen können. Aber ich habe gute Hoffnung und setze auf einen erfolgreichen Lernprozeß. Was und wieviel die Bernauer und Biesenthaler und Melchower und Wandlitzer .... gelernt haben, das werden wir nach den Kommunalwahlen – hoffentlich! – erkennen können. Die Abwahl des Bernauer Bürgermeisters war ein durchaus spielregelgerechtes erstes Signal!

JOHANNES MADEJA

## Nachricht vom Amt

*Sehr geehrte/r Antragsteller/in, ausgehend von Ihren im letzten Quartal des laufenden Jahres gemachten Angaben bezüglich Unterhaltung und Kosten Ihrer Unterkunft und Nebengelage sowie den Kosten und Sonderausgaben für Kinder, Schule, Bildung und Tierernährung, möchten wir Sie vorsorglich darauf hinweisen, daß neue Forderungen zur Höhe der sozialrechtlichen Unterstützung seitens der zuständigen Behörde nur gewährt werden können, wenn sie zur Antragstellung vollständig und wahrheitsgemäß vorliegen, sodaß der ausführende Sachbearbeiter keine Hinderungsgründe annehmen muß, die zum Ausschluß bestimmter zu gewählender Sach- oder Finanzleistungen führen und Sie in diesem Falle evtl. eine Nachricht erhalten, in der Sie aufgefordert werden, nachträglich und korrekt, vollständig und wahrheitsgemäß Angaben zu Ihren persönlichen Verhältnissen, insbesondere zu Ihrem baren und unbaren Geldvermögen sowie Auskunft über eventuell vorhandenem Immobilienbesitz, Aktien und Abschlüssen zur privaten Altersvorsorge darzulegen, und zwar so, daß es auch der größte Trottel vom Amt versteht!*

JÜRGEN GRAMZOW

## Durchblick im HARTZ 4-Dschungel:

### Sachbearbeiter prüft „helfende Hand“

Die Grundsicherung für erwerbsfähige Personen, offiziell Arbeitslosengeld II (ALG 2), im Volksmund Hartz 4 genannt, umfaßt auch eine Bedürftigkeitsprüfung. Damit soll sichergestellt werden, daß der Staat kein Geld an vermögende Personen verschwendet. Dafür hat der Gesetzgeber – konkret waren es die Abgeordneten von CDU, CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen – die Jobcenter beauftragt, die Bewegungen auf den Girokonten der Antragsteller bis ins Detail zu prüfen. Damit kontrollieren sie das Privatleben vieler unbescholtener Mitbürger in einer Weise, für die der amerikanische Geheimdienst noch nichtmal Software entwickelt hat.

Die Sachbearbeiter der Jobcenter sind verpflichtet, auch eine eventuelle Unterstützung zu ermitteln, die der Hilfsbedürftige annimmt, aber nicht meldet. Die gesetzliche Regelung sieht eine Prüfung der Kontenbewegungen bis zu 6 Monaten in der Vergangenheit vor. Wenn dann der Sachbearbeiter feststellt, mit Taschenrechner oder mit teurer Software sei dahingestellt, daß der ALG-2-Empfänger vor 3 Monaten immer im Schnitt 50 € pro Woche

vom Konto abgehoben hat, und nun, seit ein paar Wochen, nur noch alle zwei Wochen 50 € benötigt, dann wird er stutzig: Wovon lebt der Hilfsbedürftige denn in der zweiten Woche?

So kann und wird der Jobcenter-Prüfer davon ausgehen, daß der Antragssteller alle zwei Wochen über Einkünfte von 50 € verfügt, also etwa 100 € im Monat – und wird die bewilligte ALG-2-Summe entsprechend kürzen.

Wenn Ihnen, liebe Hartz-4-Empfänger, Tante Andrea, Onkel Horst oder Oma Gerda Geschenke machen wollen, dann denken Sie an die sozialrechtlichen Konsequenzen! Und schlafen Sie lieber erstmal drüber!

Eure Franzzi

## Der Buchtip:



# Anschlußpflicht gibt es nicht

Zum Welttag des Wassers am 22. März 2014

**In Deutschland gibt es keine Wassernot. Wasser ist nur deshalb immer wieder ein Thema, weil die Versuche nicht enden wollen, Wasser zu einer Handelsware zu machen und damit viel, sehr viel Geld zu verdienen. Die Trinkwasserversorgung ist ein lohnendes Geschäft. Den international tätigen Wasserkonzernen ist es in der Vergangenheit oft gelungen, dieses Geschäft in die eigenen Hände zu bekommen. Nun wollen die Kommunen am liebsten am Wasser selbst verdienen. Es tobt ein Kampf ums Wasser, also Kampf um Profit. Es herrscht das Zauberwort Rekommunalisierung. Der Bürger merkt davon üblicherweise nicht viel, jedenfalls nicht, solange er brav zahlt.**

**Den Wasserversorgern ist die Versorgung mancher Grundstücke zu teuer. Inzwischen betrifft das ganze Dörfchen, in denen nicht mehr viel Menschen leben. Manchem Bürger ist das Wasser seines Zweckverbandes zu teuer und manchmal auch nicht gut genug. Sie nehmen ihren eigenen Hausbrunnen wieder in Betrieb und kündigen dem Wasserversorger. Daraus erwachsen oft Konflikte und es tauchen Fragen auf.**

Eine Frage lautet: Trinkwasseranschluß – hat die Gemeinde eine Versorgungs- bzw. Anschlußpflicht? Die Antwort auf diese Frage lautet kurz und bündig: Nein!

Trotzdem ist der örtliche Versorgungsbetrieb natürlich daran interessiert, das von ihm geförderte, aufbereitete und bereitgestellte Wasser an viele Kunden zu verkaufen, möglichst gewinnbringend natürlich. Deshalb werden Grundstückseigner, deren Grundstück im Bereich einer Versorgungsleitung liegt, aufgefordert und gar genötigt, sich an diese Leitung anzuschließen und das bereitgestellte Wasser zu kaufen. Dabei schrecken die Wasserversorger nicht davor zurück, Gewalt auszuüben und den Anschluß unter Polizeischutz zwangsweise herzustellen. Dabei beruft sich der Aufgabenträger auf seine Wasserversorgungspflicht entsprechend Wassergesetz und die Kommunalverfassung und den unbedingten Anschluß- und Benutzungszwang in seiner Satzung.

Bürger, welche die Gesetzeslage nicht kennen, beugen sich oft dem angeblich bestehenden Zwang und schließen sich in der Regel freiwillig an die öffentliche Wasserversorgung an.

Müssen sie das? Auch hier die eindeutige Antwort: Nein! Die Gesetzeslage ist nämlich anders als von den Gemeindeverwaltungen bzw. den beauftragten Versorgungsbetrieben (Dienstleistern) behauptet. Bis zum Jahr 1998 war die Trinkwasserversorgung tatsächlich eine »pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe«, d.h. jeder, der Trinkwasser beziehen wollte, mußte auch beliefert werden. Das hatte der örtliche Versorger zu organisieren und zu garantieren. In den nachfolgenden Fassungen des Wassergesetzes und auch in der derzeit aktuellen Fassung fehlt jedoch das Wörtchen »pflichtig«. Ein Wasserversorger ist jetzt nicht mehr verpflichtet, jeden, der es will, mit Wasser zu beliefern. Die Versorgung mit Trinkwasser ist gemäß § 59 BbgWG nur noch eine Selbstverwaltungsaufgabe. Damit haben sich die Aufgabenträger selbst von der Anschlußpflicht befreit, denn sie sind es, auf deren Betreiben die Gesetzesänderung zustande gekommen ist. Damit besteht für die Aufgabenträger kein Anschlußzwang mehr. Das steht auch nicht im Widerspruch zur Brandenburgischen Kommunalverfassung. Wer den einschlägigen § 12 aufmerksam liest, der

stellt fest, daß der Anschluß- und Benutzungszwang eine Bestimmung ist, die nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen verfügt werden kann, also eine klassische Kannbestimmung. Wenn es keine zwingenden Bedingungen gibt, etwa den Umweltschutz oder den Gesundheitsschutz, das sogenannte »öffentliche Wohl«, dann kann ein Anschluß- und Benutzungszwang nicht verfügt werden. Daß die Praxis anders aussieht, ist allgemein bekannt.

Es wird nämlich gern behauptet, daß sich der Anschluß- und Benutzungszwang nicht an die Aufgabenträger sondern lediglich an die (potentiellen) Kunden richtet. Diese Behauptung ist natürlich nicht zu halten, denn in einem Rechtsstaat, in dem wir ja angeblich leben, sind vor dem Gesetz alle gleich.

Ein Bürger, der nicht angeschlossen und versorgt werden muß, der kann (logisch!) seinerseits nicht gezwungen werden, sich anzuschließen und sich zwangsweise versorgen zu lassen. Trinkwasser gilt als unser wichtigstes Lebensmittel. Die Zwangsversorgung wäre nichts anderes als eine Zwangsernährung. Wer über einen eigenen Trinkwasserbrunnen verfügt, der ihm gutes Trinkwasser liefert, der muß nicht das oft qualitativ schlechtere – etwa härtere oder eisenhaltige oder trübe – Wasser des öffentlichen Versorgers kaufen.

Menschen, die in Ballungsgebieten, in Wohnblöcken oder Hochhäusern leben, haben jedoch meistens keine Alternative zur öffentlichen Wasserleitung und sehen im Bestehen einer leitungsgebundenen Versorgung einen Standard, den sie nicht missen möchten. Für sie kommt es darauf an, mit dafür zu sorgen, daß der hohe Qualitätsstandard, den es vielerorts noch gibt, erhalten bleibt und vorzugsweise noch verbessert wird. Die in Deutschland, besonders in Brandenburg, sehr hohen Gebühren rechtfertigen diese Forderung allemal.

JOHANNES MADEJA

## »Hoch hinaus« – Neue Höhenpaß-Saison

**Eberswalde (prest-ew).** In Eberswalde startet die neue Tourismus-Saison wieder mit dem Höhenpaß. Es ist bereits die vierte Auflage dieser sportlichen und touristischen Herausforderung. Der Eberswalder Höhenpaß verbindet wie in den Vorjahren vier »Höhepunkte« der besonderen Art. Dazu gehören der Eberkran im Familiengarten, der Tigerturm im Zoo, der Finower Wasserturm und die Maria-Magdalena-Kirche. Von den jeweiligen Aussichtsplattformen erhalten Turmbesteigerinnen und -besteiger einen beeindruckenden Ausblick auf Eberswalde und Umgebung.

Eine spezielle Rabattaktion von Eberswalder Gastronomen und die beliebte Höhenpaß-Medaille ergänzen das Angebot. In diesem Jahr halten sechs Gastronomen in der Innenstadt ein besonders Angebot für alle Höhenpaß-Teilnehmer bereit: Sobald drei der vier Aussichtspunkte erklommen wurden, kann bei einem der teilnehmenden gastronomischen Betriebe

eine Vergünstigung von 10 % auf Speisen und Getränke in Anspruch genommen werden. Neben der limitierten Höhenpaß-Medaille erhalten Teilnehmer der Aktion eine Urkunde und haben darüber hinaus auch noch eine Gewinnchance: Am Ende des Jahres wird es wieder eine Auslosung mit attraktiven Sachpreisen geben. Teilnehmen kann, wer seine abgestempelte Höhenpaßkarte bis zum 14.11.14 an die Tourist-Information Eberswalde sendet oder persönlich dort abgibt.

### Folgende Türme gilt es zu besteigen:

- Eberkran (162 Stufen zur Aussichtsplattform - rund 54 Meter hoch / Aussichtsplattform in fast 28 Metern Höhe)
- Kirchturm (ca. 117 Stufen / Aussichtsbalkone in 28 Metern Höhe)
- Tigerturm ( 21 Stufen / 15 Meter –inkl. Weg zum Turm)
- Wasserturm ( 262 Stufen / fast 49 Meter hoch)

Abhilfe? Ja. Doch ist das schwammig, denn das Grundgesetz legt fest: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«. Bevor wir erörtern, wie das geschehen kann, wollen wir mit Zeitungs-Ausschnitten illustrieren, was uns Parteien geboten haben:

Erstens eine Bundestagswahl 2013, die eine Un-Wahl war. Eine Wahl wurde nur vorgetauscht. Die Zeitschrift »Publik Forum – kritisch – christlich – unabhängig« publizierte am 27. September 2013 eine Auswahl von Wahlplakaten. Die Auswahl sieht aus wie eine Karikatur. Darunter –auf ihrer Satire-Seite – spottet Publik Forum: »Auf Parteiprogramme sollten wir künftig verzichten. Statt mehr als hundert Seiten vollzuschreiben – ... möglichst alles ... wie auf den Wahlplakaten. ... Angela sollte auf den Marktplätzen ... einfach nur immer den Satz wiederholen: 'Ich liebe euch alle!' Oder 'Friede, Freude, CDU!' Oder 'Ja zum Leben – Nein zum Nichts!' Oder 'Über die CDU spricht man nicht, man wählt sie!'« Schon die alten Lateiner wußten es zu sagen, wenn Zustände zum Himmel schreien: Dann ist es schwierig, keine Satire zu schreiben: »Difficile satyram non scribere.«

## Abenteuer Faltertage

BUND ruft zur großen Falterzählung auf

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ruft auch 2014 zur Schmetterlingszählung auf. Gezählt werden kann ab dem 1. April bis zum 31. Oktober.

Im Rahmen der Aktion »Abenteuer Faltertage« sammelt der BUND Informationen zum Bestand von zehn noch weit verbreiteten Schmetterlingsarten. Gleichzeitig soll auch auf die Bedrohung der Falter hingewiesen und die Öffentlichkeit für den Naturschutz sensibilisiert werden. Inzwischen steht ein Großteil der heimischen Falter auf der Roten Liste der gefährdeten Arten. »Nur etwa einem Fünftel der heimischen Schmetterlingsarten in Deutschland geht es noch richtig gut. Unsere Schmetterlinge leiden deutlich unter der industriellen Land- und Forstwirtschaft mit ihrem massiven Einsatz von Pestiziden, der Zersiedelung der Landschaft und dem Verlust ihrer Lebensräume«, erläutert Nehle Hoffer, Schmetterlingsexpertin des BUND. Beim »Abenteuer Faltertage« können die Teilnehmer per Zählbögen ihre Beobachtungen melden. Unter [www.bund.net/faltertage](http://www.bund.net/faltertage) steht der bebilderte Zählbogen zum Download bereit.

Es gibt viele Möglichkeiten, etwas für den Natur- und Schmetterlingsschutz zu tun. »Wer im eigenen Garten auf Pestizide verzichtet und schmetterlingsfreundliche, sprich heimische Blumen pflanzt, der kann kleine Schmetterlingsarten entstehen lassen«, so Hoffer. Die Blumen sollten am besten in torffreier Blumenerde wachsen – denn für die Torfproduktion würden Moore zerstört, die Heimat vieler Schmetterlinge und anderer Tier- und Pflanzenarten seien.

ALMUT GAUDE

Bundestagswahl 2013 – und was dann? (Teil 6)

## Wärst du nicht arm, wär' ich nicht reich

von Dr. Rainer Thiel

**Die letzten Zeilen des sechsten Teiles lauteten: Die etablierten Parteien haben versagt, sie haben die Substanz des Grundgesetzes unterlaufen, sie haben der Substanz zuwider gehandelt. Sie haben die Ordnung unterminiert, die durch die Substanz vorgegeben ist. Da haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand. Andere Abhilfe scheint nicht mehr möglich zu sein.**

Zweitens ist durch Parteien im Laufe der Jahre gekommen, was das Grundgesetz verbietet, nämlich Raub persönlicher Freiheitsrechte. Persönliche Freiheitsrechte sind durch das Grundgesetz geschützt, ausdrücklich durch Artikel 2:

»Artikel 2 (Persönliche Freiheitsrechte)

(1) Jeder hat das Recht auf freie Entwicklung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.....«

Da läßt sich allerhand aufzählen. Freie Entwicklung der Persönlichkeit heißt vor allem auch gute Schulbildung. Doch wer als Kind von seinen armen, notleidenden Großeltern, von seinen notleidenden Eltern allzu oft gehört hat »Laß mich in Ruhe mit deinen Fragen«, dem ist die angeborene Neugier geraubt. Und die Schule ist nicht gut genug, das Defizit zu kompensieren. Das Kind wird unter »minderbegabt« eingestuft. Das ist falsch, sittenwidrig, Raub durch den Staat. Engagierte Lehrer bemühen sich, dem Kind »freie Entwicklung seiner Persönlichkeit« trotz alledem zu ermöglichen. Hunderte Pädagogen haben dazu Theorien entwickelt. Doch alles Engagement, alle Mühe stößt an Grenzen, die dem Bildungswesen durch den Staat gezogen sind. Wo bleibt Artikel 2 GG?

Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit betreffend (Artikel 2, Absatz 2) lese ich am 11. Oktober 2013 in der Tageszeitung »Neues Deutschland«: »Wer weniger hat, ist früher tot – Arme Rentner haben eine geringere Lebenserwartung«. So lautet die Überschrift eines Berichtes über eine Studie aus dem Max-Planck-Institut für demographische Forschung. Wer arm ist, kann sich gesunde Ernährung nicht leisten.

Nun ein paar Streiflichter zum Gegenpol: »Wärst du nicht arm, wär' ich nicht reich.« (Frei nach B. Brecht)

Am 9. Oktober 2013 in der Märkischen Oderzeitung: »Noch nie gab es so viele Milliardäre in Deutschland«. Berichtet wird von Recherchen: »Das Vermögen der hundert Superreichsten sei in den vergangenen zwölf Monaten um 5,2 Prozent auf 336,6 Milliarden Euro gestiegen.« Ich füge nur hinzu: Da wäre es doch geboten, das Vermögen der Milliardäre »außer Eigentum« zu stellen, wie es der Hamburger Jura-Professor Rittstieg schon 1975 formuliert hat. Zumindest wäre angemessen, das Super-Eigentum auf 10

Prozent zu reduzieren. Dann wären die Vermögenden immer noch reich und könnten ihre prächtigen Villen bewohnen.

Und dann die Manager: Monatsgehälter von hunderttausend Euro sind nicht selten. Manager sprechen sich selber heilig: Sie nennen sich »Leistungsträger«. Was in der katholischen Kirche der Papst an Heiligsprechung ausübt, das vollziehen unter den Augen der Parteien die Manager mit »Selber-Heilig-Sprechung«. Aber ist deren »Leistung« wirklich hundert Mal so groß wie die Leistung eines Facharbeiters? Oder eines Möbel-Trägers? Auch den Selbsternannten sei eine Villa gegönnt. Aber wozu gebrauchen sie Millionen Euro? Um ihre Herrschaft weiter zu vergrößern. Nichts gegen vernünftige Investitionen. Doch was vernünftig ist, muß das Volk entscheiden.

Am 10. Oktober zitiert die Tageszeitung »Neues Deutschland« aus einer dpa-Meldung, also aus einer Meldung der allseits beachteten, berühmten Deutschen Presse-Agentur, und diese stützt sich ihrerseits auf eine Studie der Schweizer Privatvermögen haben sich ... seit dem Jahr 2000 auf 241 Billionen Dollar verdoppelt (entspricht 177,5 Billionen Euro)«. Und wie sind die Billionen verteilt? Siehe oben. Doch was geschieht mit den Billionen? Und schon wieder bin ich Obdachlosen begegnet. Soll ich da die Augen zumachen?

Meine Aufzählung ist nicht vollständig. Doch eines erwähne ich noch: Am 11. Oktober 2013 publiziert das »Neue Deutschland« einen vierspaltigen Artikel unter der Überschrift: »Deutschland gibt Bombengeld. Finanzinstitute investieren 7,6 Milliarden Euro in Atomwaffenbauer«. Unter der Überschrift liest man: »Selbst Banken in öffentlicher Hand finanzieren Unternehmen, die Nuklearwaffen herstellen. ... Deutsche Finanzinstitute sind mit ... 7,6 Milliarden Euro an der Finanzierung von Unternehmen beteiligt, die Kernwaffen herstellen. ... Der größte Investor hierzu ist die Deutsche Bank ... Die Geldhäuser beteiligen sich an dem Geschäft, indem sie Aktien von Herstellern besitzen, ihnen Kredite geben oder deren Anleihen halten oder ausgeben. ... Die viert- und fünftgrößten Finanziers sind mit ... 656 beziehungsweise 179 Millionen Euro die bayrische und die hessische Landesbank. Sparkassen investieren 88 Millionen Euro...«

Alles im Sinne des Grundgesetzes??? Nein und nochmals Nein! Aber im Rahmen von Gesetzen, die von Parteien gemacht wurden. O weh!

Fortsetzung folgt

Finowkanal Geschichten 5 am 26. April, 14-16 Uhr:



**Bei unserer nun schon fünften »Finowkanal-Geschichten-Wanderung« wandern Sie ausnahmsweise einmal nicht selber. Stattdessen lassen Sie den Werbellinsee mit seinen Geschichten in aller Ruhe an sich vorbei »wandern«.**

Kommen Sie an Bord der *Solar Explorer*, dem lautlos und nur mit der Kraft der Sonne fahrenden Forschungsschiff der Biosphäre Schorfheide-Chorin. Lassen Sie sich von den mitfahrenden Experten die Geschichte(n) des Werbellinsee erzählen. Hören Sie von den Pfahlbauten bei Altenhof und den Wracks der versunkenen Kaffenkähne. Besuchen Sie Käpt'n Peters im Steuerhaus und lassen Sie sich zeigen, wie sein Solarschiff funktioniert.

Gleich drei Werbellinsee-Experten begleiten unsere Fahrt: Dr. Jürgen Kutschke, der Ortschronist von Joachimsthal; Günter Landmann, Vorsitzender des Altenhofer Kulturkreises, und Kai Ditterle, Vorsitzender des Vereins Kaffenkahn e.V. aus Eberswalde.

Die Wanderung richtet sich an die historisch interessierten Anwohner der Region. Gern dürfen Sie mit eigenen Geschichten, Fakten oder Anekdoten zum Gelingen beitragen. Alt- und Neubürger sind gleichermaßen willkommen. Bitte tragen Sie der Witterung angepaßte Kleidung.

Da die Charter der *Solar Explorer* nicht kostenlos ist, müssen wir diesmal einen Unko-

stenbeitrag in Höhe von 5 Euro pro Person erheben. Die Kapazität ist begrenzt, daher bitten wir um Ihre rechtzeitige Registrierung unter Angabe Ihres Namens, Ihrer Postadresse und Ihrer Email-Adresse. Bezahlen können Sie, wenn Sie an Bord kommen. Es gibt nur Platz für ca. 30 Gäste, also sollten Sie sich schnell entscheiden bzw. schnell anmelden.

Nach Ihrer Registrierung erhalten Sie weitere Details zur Fahrt. (Registrierung per eMail: [unser-finowkanal@t-online.de](mailto:unser-finowkanal@t-online.de))

Ach so, und was hat der Werbellinsee überhaupt mit dem Finowkanal zu tun? Nun, wegen des starken Wasserverbrauchs durch die Schleusungen brauchte der Finowkanal neben dem Wasser der Finow zusätzlich noch Wasser aus dem Werbellinsee. 1765 wurde daher der frühere Nettelgraben zum – schiffbaren – Werbellinsee ausgebaut. Daher betrachten wir das gesamte Wassersystem zwischen Havel und Oder als dem Finowkanal zugehörig. Und für Wasserwanderer ist dies heute ein einzigartiges zusammenhängendes Wassertourismusrevier.

HARTMUT GINNOW-MERKERT,  
Initiative Unser Finowkanal e.V.i.G.

## Würde auf »niedrigem Niveau«

Der Friedhof Eisenspalterei an der Kreuzung Eberswalder/Spechthausener Straße sei ein »Schandfleck für unsere Stadt«, hatte Frank Neumann aus dem Brandenburgischen Viertel festgestellt und sich mit dem Problem an die Stadtverordneten des Ortsteils gewandt. Als solcher griff ich die Anregung auf und fragte in am 27. März in der Stadtverordnetenversammlung den Bürgermeister:

1. Wer ist Eigentümer des Friedhofes und für die Pflege des Grundstückes verantwortlich?
2. Welche Möglichkeiten gibt es, kurzfristig einen würdigeren Zustand des Friedhofes, insbesondere des Vorfelds mit dem dort befindlichen Denkmal zur Erinnerung an die Gefallenen des 1. Weltkrieges, herzustellen?

Die Antwort kam prompt. Im Auftrag des Bürgermeisters erläuterte Baudezernentin Anne Fellner zunächst die Eigentumsverhältnisse. Es handelt sich um die ehemalige Begräbnisstätte der Familie Motz und anderen, die aber kein gewidmeter Friedhof mehr ist. Die Grabmale der Familie Motz wurden im

Zuge der Landesgartenschau umgesetzt und in den heutigen Familiengarten integriert. Dort sind sie bis heute zu sehen. Der Friedhof gehört zu einem großen Grundstück, das um das Bethaus herum liegt und zu dem auch die benachbarten Barackenruinen und der gesamte Bereich bis zur Kreuzung gehört. Heute gehört es der »ausgesprochen breit gestreuten« Erbgemeinschaft Motz. Die Verantwortung für die Pflege liegt bei der Erbgemeinschaft, sagte die Dezernentin. Dennoch werde der städtische Bauhof wenigstens im Vorderteil mit dem Weltkriegsdenkmal »auf niedrigem Niveau« die Ordnung und Würde herstellen.



GERD MARKMANN

## Vergiß es nie!

*Die Seele klingt, das Herz zerspringt,  
wenn liebste Menschen von uns gehen.  
Die Trauer und Erinnerung,  
sie führt uns durch den Schattenhain,  
doch ... vergiß es nie:  
das Leben, es kann auch anders sein!*

*Die kühle Brise, das grüne Meer  
von Kiefern und von Ostseewellen,  
sie sind der Schatz des Landes.  
Wir atmen tief, die Luft ist rein,  
doch ... vergiß es nie:  
die Landschaft kann auch anders sein!*

*Mangel kennt die Welt nicht mehr,  
wir shoppen, surfen, zappen, posten:  
»Sofort« heißt das Zauberwort.  
Gesehen, bestellt ... gleich ist es mein,  
doch ... vergiß es nie:  
die Rechnung wird eine andere sein!*

*Der Staat, Gesetze und die Macht  
bewahren Recht und Sittlichkeit,  
der Menschen und der Wirtschaft Wohl ...  
doch ...  
Tod und Krieg kommt über Nacht,  
wenn falsche Führer falsch entscheiden.  
Darum ... vergiß es nie:  
Der Frieden muß verteidigt sein!*

JÜRGEN GRAMZOW

**Barnimer Bürgerpost abonnieren!**

## Tag des Offenen Gartens

Fast 2 Jahre ist es nun schon her, daß eine Studentin mit der Idee eines Gemeinschaftsgartens in das Viertel kam. Seit dem Frühjahr 2012 gärtnern EinwohnerInnen Hand in Hand mit den Studenten im ehemaligen Schulgarten an der Schorfheidestraße.

In dieser Zeit hat sich eine enge Verbundenheit zum Alnus e.V. ergeben, welcher den Studentengarten betreibt. Durch die Zusammenarbeit ist es dieses Jahr möglich geworden auch den Rest des Schulgartens, der ehemals durch die Grundschule Schwärzensee genutzt wurde, zur Bewirtschaftung freizugeben. Dadurch steht mehr als das Doppelte der bisherigen Fläche zur Verfügung.

Mitmachen ist sehr einfach. Man meldet sich einfach, bekommt eine Fläche und kann dann jederzeit zu seinem Beet und sich dort austoben. Gestalterisch hat man völlig freie Hand und es steht somit jedem frei, was man auf seinem Beet pflanzen möchte.

Wer Interesse hat oder sich einfach mal informieren will, der ist herzlich zum Gemeinsamen Tag des Offenen Gartens der Bürgerinitiative Gemeinschaftsgarten und des Alnus e.V. mit gemütlichem Lagerfeuer eingeladen. Der Tag findet am 1. Mai zwischen 10 und 15 Uhr statt.

AILEEN SCHLEMONAT,  
Bürgerinitiative Gemeinschaftsgarten

## Ruhm und Ehre



Wir gedenken auch in diesem Jahr am 6. April den tapferen Piloten Kapustin und Janow auf dem Garnisionsfriedhof in Eberswalde.

Zugleich erinnern wir in diesem Jahr an Juri Gagarin, der am 12. April vor 53 Jahren als erster Mensch in den Weltraum startete und in 108 Minuten einmal die Erde umkreiste.

NORBERT GLASKE, DKP Oberbarnim

## Nein zum Krieg

Den Frieden erhalten um jeden Preis, das muß unser aller Anliegen sein. Nach dem Zweiten Weltkrieg war unsere Losung: »Lieber zehn Jahre nichts zu Weihnachten, aber nie wieder so ein Krieg«. Über 40 Jahre blieb uns der Frieden in Europa erhalten. Die Existenz der DDR war ein Garant dafür. Ein knappes Jahrzehnt später stimmten die Grünen und die SPD für die Bombardierung Jugoslawiens. Das war ein Fehler, der nie wieder gutzumachen ist.

Ex-Bundeskanzler Schröder hat heute immerhin eingesehen, daß der Krieg gegen Jugoslawien völkerrechtswidrig war. Die Grünen hingegen gebären sich aktuell mit als die größten Kriegshetzer hierzulande.

Die größte Gefahr für den Weltfrieden sind die USA. Mit denen sollte man deshalb keine besonderen Beziehungen pflegen.

Immer wieder versuchen die USA andere Völker zu unterjochen und auszuplündern. Vietnam war das beste Beispiel. Die Menschen in Vietnam waren standhaft und haben durchgehalten. Die Völker solidarisierten sich bis endlich das Lied erklang: »*Alles auf die Straße, rot ist der Mai, alles auf die Straße, Vietnam ist frei.*« Das war vor 39 Jahren. Die friedliebenden Völker haben aufgeatmet im April 1975.

Heute gießen sie Öl in Konflikte, wie in der Ukraine und in Syrien, um ihren NATO-Cordon immer dichter um Rußland herum zuzuziehen. Die Kriegsverbrechen der USA, wie der Gifteinsatz zur Entlaubung der Wälder in Vietnam, haben Spätfolgen. Auch das muß vor das Völkergericht, wie die deutschen Kriegsverbrecher, die der Bombardierung von Jugoslawien zugestimmt haben. Die Geschichte hat es immer wieder gezeigt, wenn die Völker zusammenstehen, wird der Frieden erhalten. Der Kampf der Völker für die Erhaltung des Friedens wird eines Tages siegreich sein.

NORBERT GLASKE

## Ein glückliches Kind...

**Wem etwas Peinliches widerfährt, wer in eine blamable Situation gerät, der, dem also durchaus Menschliches geschieht, hat normalerweise kein Interesse daran, daß die verquere Geschichte an die große Glocke kommt, geschweige denn, daß er sie eigenhändig zum Bimmeln bringt.**

**Der Oma, die auf den Enkeltrick reinfiel, ist nicht daran gelegen, daß ihre Gutgläubigkeit publik wird, und der gehörnte Ehemann dürfte nicht nach dem Klatsch und Tratsch der Nachbarschaft gieren. Das zu sagen, auf Selbstverständliches hinzuweisen, wäre verzichtbar, gebe es da nicht Belege für die krasse Gegenteiligkeit, für die Ummünzung der Peinlichkeit ins »Positive«, für den Stolz gar auf das eigentlich höchst Unangenehme.**

Strikt seinem Bildungsauftrag gehorchend, hatte der MDR jüngst zur Quasselrunde »Riverboat« nicht nur unseren Ex-Landesvater Platzeck eingeladen, sondern auch eine gewisse Melanie Müller, die prompt neben ihm zu Stuhle kam, was der, brandenburgisch-tolerant, ohne Knurren hinnahm. Für einschlägig Uninteressierte sei vermerkt, daß es sich bei der Dame um das Frauenzimmerchen handelt, das als »Königin« aus dem Camp der Maden- und Regenwurmfresser entlassen wurde. Und seitdem kurzzeitig medial »präsent« ist – selbst beim aaligen Markus Lanz, der noch immer unabgemahnt Dienst tut, weilten Hoheit kürzlich.

Mit der illustren Gästin garnierten MDR und ZDF ein weiteres Mal ihren Weg in die allumfassende Trivialität, die im Quotengerangel sichere Prozenze einbringt. Noch ist man nicht so tief gesackt, daß man eine eigene Schmuttel-Show als neues »Format« etabliert und begnügt sich mit Florian Silberblick als Singvogel, aber ein bisschen Nachnutzung des ununterbietbaren Originals ist ja wohl erlaubt. Und sei es eben die Vorführung der Melanie Müller aus Sachsen, die als büstenmäßig mehrfach aufgebüschter Monroe-Verschnitt vom Volk der Dichter und Denker mit ein paar Millionen Stimmen in Direktwahl zur Siegerin im Wettstreit der Scham- und Würdelosen erklärt wurde. Aber während ihre Wähler und Innen aus der Deckung der Anonymität heraus nicht riskieren mußten, als blöd, manipuliert oder von allen guten Geistern verlassen enttarnt zu werden, nahm die Königin – und das mit Stolz und sichtlichem Behagen – dieses Risiko in Kauf und sonnte sich in neuer Berühmtheit. Jetzt nämlich kannten sie nicht nur die Konsumenten ihrer Pornofilmchen oder die Kundschaft ihres Erotikartikelversands oder die Fotografen, »unter« denen sie für Reizwäschekataloge posiert hatte – endlich hatte es die blonde Maid ganz nach oben gespült.

Im Tenor der Hochachtung, als säße ihm ein Olympiasiegerin oder eine Kandidatin für den nächsten Nobelpreis gegenüber, erbat der MDR-Moderator Auskunft über ihr derzeitiges Leben, das sie ein »superes« nannte, und sie gedanke in ähnlicher Weise fortzusetzen, dabei fest darauf setzend, daß sie auch bald in »richtigen« Filmen »besetzt« werde. Talent sei ja da.

Und eben die Berühmtheit. Sogar ihre Eltern wären durch sie »irgendwie« zu Promis geworden und würden in der Kaufhalle als solche erkannt. Jedenfalls gebe es immer ein Getuschel, wenn die »Mami« erkannt werde. Daß das häufige Erkennen den Eltern geneidet werde von »Menschen«, deren Töchter es nicht so weit brachten, »wie ich es erreicht habe«, mache M.M. sehr betrübt, aber es habe ja jeder die Chance, was aus seinem Schicksal zu machen, »heutzutage«. Dann plötzlich schwenkte die Kamera ins Publikum, und ein mittelaltes, biederes Ehepaar kam ins Bild – die leibhaftigen Eltern, die sich nicht etwa vor Scham wegduckten, sondern ruckartig zu posieren begannen. Es kam noch ärger – die tochterblonde Mama wurde nach vorn gebeten, wo sie zunächst neben dem göttlichen Howard Carpendale und bald darauf auf dessen Oberschenkeln Platz nahm. Die Zuschauer rasten wie wild, und Old Mam war drauf und dran, den greisen Sänger zu vernaschen. Zum Finale der ungestümen Szene durfte sie aus mütterlicher Sicht den Werdegang der großartigen Melanie kommentieren, eine Hymne, in der es von Versatzstücken wie »Weg gefunden«, »viel erreicht«, »glücklich geworden« oder »nie aufgegeben« strotzte. Ganz so, als wäre vom Lebensweg einer tüchtigen, sich strebsam mühen den jungen Frau die Rede, die ihre Gesellenprüfung, ihr Studium oder ihre Promotion erfolgreich hinter sich gebracht hat.

Aber die Rede war von einem jungen Leben, in der grau-schleimigen Sphäre zwischen Pornoindustrie, Gleitcremeladen, RTL und Spezialklinik für Tittenmaximierung. Hohler und sinnleerer kann es nicht sein, wenn man noch nicht mal dreißig Jahre jung und schon so verbogen ist. Es gab Zeiten, in denen Scham zumindest im intimen Bereich der Familie funktionierte. Man brüllte nicht in die weite Welt, wenn der Sohn zum Zuhälter oder die Tochter zum Strichmädchen geworden waren. Und nimmer aalte man sich in der Schande.

»Heutzutage«, wie die Queen aus dem Schlammcamp richtig bemerkte, gehört es zu den Attraktionen, wenn man als lockeres Lottermädchen durch die Sender gereicht wird. Lanz und seine MDR-Kollegin wünschten dem Glückskind zum Schluß weitere Erfolge. Beifall wurde reichlich gespendet. Für die Eltern, wie für ihr mißbratenes Kind. Auch von Matthias Platzeck. Es war ja nicht seine Tochter...

Dr. STEFFEN PELTSCH

## Whiteboards für die Grundschulen

**Eberswalde (bbp).** Zuwendungsbescheide des Landkreises Barnim über insgesamt 56.528 € flatterten dieser Tage dem Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski auf den Tisch. Die drei städtischen Grundschule »Schwärzese«, Finow und »Bruno H. Bürgel« erhalten dafür sogenannte interaktive Whiteboards, das sind die digitalen Nachfolger der herkömmlichen

Schultafel. Die elektronischen Tafeln sind an einem Computer angeschlossen. Das Bild wird von einem Beamer projiziert. Über Sensoren auf dem Board kann nicht nur der Computer bedient, sondern das angezeigte Tafelbild auch handschriftlich ergänzt werden. Die Whiteboards werden mit Beginn des neuen Schuljahres im August 2014 zur Verfügung stehen.

## Volkssolidarität feiert

Am 24. April hat die Volkssolidarität in Eerswalde gleich dreifachen Grund zum Feiern:

Von 11 bis 16 Uhr feiert der Verein am Richterplatz sein 2. Hoffest. Auf dem Freigelände an der Mauerstraße 17, ganz nah am Eberswalder Markt, sind die Veranstalter kulinarisch, informativ und kulturell auf viele Gäste vorbereitet. Zugleich feiert die Volkssolidarität das 10jährige Bestehen der Tagespflegeeinrichtung »Sonnenblume« und das 10jährige Jubiläum der Eröffnung des Objektes am Richterplatz in ihrer Trägerschaft.

Hüpfburg, Spielstraße und Kinderschminken sorgen für Auslauf und bedienen die sportlichen wie kreativen Ambitionen junger Besucher. Der Jugendbereich stellt im »Jugendmobil« ausgefallene Mitmachprojekte wie Holzstuhlbau, Tattoofertigung, Graffiti-Sprayen, Gitarre spielen vor. Buntes Treiben an den Ständen der Volkssolidarität, Kuchenbasar, Leckerer vom Grill und Glücksrad locken. Vielfältige Beratungsangebote ergänzen das Treiben.

ANDREA HOEHNE

### Das Ding

Mama! Schau, was ich Dir zeigen will ... Mama? Mama, hier krabbelt ein Käfer! Mama? Mama, warum schaust Du nicht her? Mama? Was ist das für ein Ding? Mama, mit wem sprichst Du? Ich bin hier und kein anderer ... Mama? Ich habe Bauchschmerzen, Mama! Siehst Du das nicht? Mama, warum streichelst Du das Ding öfter als mich? Ist denn das Dein richtiges Kind? Bin ich überhaupt Dein Kind, Mama? Mama, was ist an dem Ding so interessant? Das ist doch nur ein flacher Stein! Mama, erzähl mir eine Geschichte! Mama, wie heißen die Vögel, die hier vorbeifliegen? Mama? Mama? Bist Du überhaupt hier? Oder in einer anderen Welt? Mama, ich liebe Dich! Du bist mein Ein und Alles? Mama? Mama? Bin ich denn noch Dein Kind ...?

## Bürgermobil Luthardt

Seit März 2010 ist das Bürgermobil des Landtagsabgeordneten Dr. Michael Luthardt im Wahlkreis zwischen Lunow-Stolzenhagen und Zerpenschleuse, bis hin nach Ahrensfelde und Werneuchen unterwegs. Es haben sich schon viele interessante Gespräche und Begebenheit daraus entwickelt. Jetzt hat Michael Luthardt sein Angebot erweitert. Nähere Informationen auf [www.michael-luthardt.de](http://www.michael-luthardt.de).

CINDY PANZER

## Bunte Aufwertung

In Rahmen meiner Arbeiten im Brandenburgischen Viertel gestalte ich derzeit im Auftrag der AWO-Hausverwaltung einen Durchgang an der Frankfurter Allee. Dank der freundlichen Unterstützung von Frau Kuhlmann und ihrem Team wird mir so die Möglichkeit geboten, an der steten und bunten Aufwertung des Viertels teilzuhaben.



Allgemein erzeugt die Aufwertung des öffentlichen Raums, beispielsweise durch Kunst- und Graffitiengriffe, eine positivere Sicht der Anwohner auf ihre Umwelt. Statt grauer Einfalt und schnöder Wohnumgebung, wird ein buntes Szenario zur persönlichen Entfaltung in der Öffentlichkeit geschaffen. Die Vergangenheit hat bereits mehrmals gezeigt, daß Künstler das Potential besitzen, ganze Bezirke aufzuwerten. Wo Farbe ist, da lassen sich junge Menschen nieder. Die Berliner Beispiele Prenzlauer Berg und Kreuzberg zeigen, daß Graffiti und Kunst die Vorboten zur Stadtentwicklung sind.

Die Gedanken der Menschen sind meist so grau oder bunt, wie die Welt, die man ihnen zugesteht...

ENRICO RAVENÉ

## Wandertips

von BERND MÜLLER

### Gude, die Nixe vom Bachsee

13. April, Sonntag, 5 km Wanderung

Wer kennt sie nicht, die Sage von Gude, der Nixe vom Bachsee. »Gudelein, Gudelein, Komm zu deinem Liebsten fein!« rief ein in sie verliebter Wandersmann. Doch das Glück war ihnen nicht vergönnt. Der Menschen Haß zerstörte die zarte Liebe. Und noch heute soll man in der stillen Mittagszeit den Müllerburschen rufen hören.

Christel Moews führt diese romantische Wanderung. Vom »Haus am Stadtsee« geht es vorbei an Versuchspflanzungen nach Neuehütte. Hier wird auf den Wanderweg zum Bachsee abgebogen. Nach dessen Umrundung wird die Sage erzählt.

Weitere Stationen sind ein kleines Quellmoor sowie die berühmte Investruine des modernen Holzkohlewerkes. Die Wanderung endet am Ausgangspunkt Stadtsee.

Treff: 13.30 Uhr, Parkplatz Gasthof »Haus am Stadtsee«, Stadtsee 1, 16225 Eberswalde.

Gebühr\*: Erwachsene 2,20 €.

### Weltnaturerbe Grumsiner Forst

27. April, Sonntag, 6 - 8 km Wanderung

Der Grumsiner Forst gehört zur Schutzzone 1 des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin. Dr. Michael Luthardt (Forstwissenschaftler und agrarpolitischer Sprecher im Landtag/[www.michael-luthardt.de](http://www.michael-luthardt.de)) führt durch den wunderbaren Buchenwald und die als UNESCO-Weltnaturerbe anerkannte Eiszeitlandschaft des Grumsiner Forsts. Die Wanderung mit Erläuterungen wird ca. drei Stunden dauern. Festes Schuhwerk wird dringend empfohlen. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt.

Treff: 13.30 Uhr Kirche, Altkünkendorfer Straße 19, 16278 Angermünde Ortsteil Altkünkendorf.

Gebühr\*: Erwachsene 5 €, max. 30 Teilnehmer.

Wir bitten um Anmeldung unter 03344/333200 oder [wandermueller@aol.com](mailto:wandermueller@aol.com).

\* 50 % Ermäßigung für Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber. Kostenfrei für Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg.

## Wanderplan

Der aktuelle Veranstaltungsplan der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. hält wieder zahlreiche geführte Wanderungen und kulturellen Veranstaltungen bereit. Der Plan liegt bei den Tourist-Informationen Bad Freienwalde, Eberswalde, Strausberg, Biesenthal, Angermünde und Schwedt, im Binnenschiffahrtsmuseum in Oderberg und im Restaurant Zur Fährbühne Hohenwutzen für Interessenten kostenlos bereit. Wer die Möglichkeit der Abholung nicht besitzt, der kann sich die Veranstaltungsübersicht auch kostenfrei zusenden lassen. Einfach unter 03344/333200 kostenlos bestellen. Im Internet ist der aktuelle Plan ausführlich unter [www.berg-frei.de](http://www.berg-frei.de) abrufbar.

BERND MÜLLER

## Eberswalder Frühjahrsputz

Die Hauptaktivitäten zum Eberswalder Frühjahrsputz 2014 finden am Sonnabend, den 12. April, ab 9 Uhr in Finow-Ost statt. Darüber hinaus sind alle Bürger aufgerufen, vor ihrer Haustür die Überreste des Winters zu beseitigen. Der Frühjahrsputz wird von Eberswalder Wohnungsgesellschaften, dem ALNUS e.V., der ev. Kirchengemeinde Finow sowie dem Bauhof der Stadt unterstützt.

### Preisskat und Rommé

Am Samstag, den 26. April, veranstaltet der SPD Ortsverein Finow seinen 3. Preisskat- und Romméabend. Die Veranstaltung ist wie alle SPD-Veranstaltungen öffentlich.

**Ort: AWO-Pflegeheim »Im Wolfswinkel«, Parkplatz und Eingang in der Frankfurter Allee. Einlaß ist ab 14 Uhr, der Spielbeginn um 15 Uhr**

Die Startgebühr beträgt 10 Euro pro Person. Anmeldungen mit Zahlung der Startgebühr bitte bis 15. April 2014 an: Ringo Wrase, Eberswalder Straße 70, 16227 Eberswalde (per Post) oder im SPD-Fraktionsbüro in der Breiten Straße 20 hinterlegen. Für Nachfragen Tel. 03334/366621. Frühzeitiges Anmelden sichert die besten Plätze. Die Versorgung mit Essen und Trinken zu kleinen Preisen übernimmt auch diesmal die AWO.

RINGO WRASE, Vorsitzender SPD Finow

### Dokumentar- und Kinderfilm

Am Freitag, den 11. April, zeigen wir um 19.30 Uhr in der zweiten Folge unserer Reihe zur DEFA-Dokumentarfilmgeschichte vier Filme von Jürgen Böttcher aus den 60iger und 70iger Jahren. Wir freuen uns sehr, daß der Regisseur und unter dem Namen Strawalde international bekannte Künstler anwesend sein und für Fragen zur Verfügung stehen wird. Der Eintritt beträgt 5 Euro. Am Sonntag, 13. April, um 10.30 Uhr zeigen wir im Kinderkino MERIDA – LEGENDE DER HIGHLANDS (Originaltitel: BRAVE) von Pixar, der 2013 den Oscar für den besten Animationsfilm bekommen hat. Der Eintritt beträgt für Kinder 1,50 Euro und für Erwachsene 3 Euro. Details zu Jürgen Böttcher und zu den Filmen finden Sie auf unserer Website unter <http://heidekrug.org/>.

Heidekrug-Team

## Tanzcafé in Finow

Auch in diesem Jahr steht einmal monatlich dienstags um 14 Uhr das beliebte Tanzcafé im »Bahnhofstreff« Finow auf dem Programm. Die nächsten Termine bis zur Sommerpause sind der 8. April, der 6. Mai und der 3. Juni.

Die ebenfalls im Objekt Bahnhofstr. 32 ansässige ehrenamtliche Bibliothek Finow offeriert von Montag bis Donnerstag eine erstaunliche Auswahl an Belletristik, Bildbänden, Reise- und Kinderliteratur. Nutzen Sie das Angebot, und schmökern Sie wieder öfter! Infos unter »Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586.

GERD WIESNER

## Jahresplaner 2014

### Angebote für Kinder und Jugendliche

Im Postkartenformat kommt er nun in die Hände oder als Datei auf die Rechner von Kindern und Jugendlichen, Eltern und anderen interessierten Menschen. Der Jahresplaner 2014 informiert über Freizeiten und Ausflüge, Workshops und Aktionen, die die evangelische Jugendarbeit Barnim und andere Träger überörtlich anbieten.

Die Veranstaltungen und Fahrten ermöglichen Abwechslung und Spaß, Erholung und Horizonterweiterung, soziale und politische Besinnung und Bildung. Die günstigen Teilnahmebeiträge sind möglich durch kommunale, kirchliche und andere Förderung. Rechtzeitiges Informieren und Anmelden lohnt sich.

Den Jahresplaner 2014 gibt es kostenlos bei der Evang. Jugendarbeit Barnim, Kirchplatz 10, 16321 Bernau, Tel. (03338) 709868, Email [kjw-bernau@web.de](mailto:kjw-bernau@web.de) und als Datei unter [www.ejbar.de](http://www.ejbar.de).

DIETER GADISCHKE

## Öffentliche Rentensprechstunde

Rentenempfänger haben die Möglichkeit, jeden zweiten Mittwoch im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Renteninitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Renteninitiative« unter Leitung von Frank Gaethke gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Die Sprechstunden finden im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde, statt. Der nächste Termin ist am Mittwoch, dem 9. April, von 10 bis 13 Uhr.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)  
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer  Bank  Bankleitzahl

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

**Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde**  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

## impressum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

**telefon/fax:** (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

**e-mail:** [redaktion@barnimer-buergerpost.de](mailto:redaktion@barnimer-buergerpost.de)

**bbpforum:** <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und [.../bbp-blog/](http://.../bbp-blog/)

**redaktion:** Gerd Markmann

**fotografie:** Ginnert-Merkert, Gramzow (4), Markmann (2), Pfaff, Teich, Triller

**druckerei:** Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

**redaktionsschluß:** 3. April 2014

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 1. Mai 2014.